



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
DENTISTES**

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

ACTUALISATION AU 31 DÉCEMBRE 2009

Avis 07-011

Lausanne, le 31 juillet 2010
ECR/GPR/EL/IV/MB/AF/LF/MM/BA

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	3
ANGLETERRE	23
AUTRICHE	30
FRANCE	42
ITALIE	64

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Artt. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33); nunmehr seit dem 01.12.2009 **Artt. 45ff, 49 ff und 56 ff EU-Arbeitsweisevertrag** (AEUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008 (ABl. Nr. C 115 S. 47) EU-Dok.-Nr. 1 1957 E, zuletzt geändert durch Art. 2 Vertrag von Lissabon vom 13. 12. 2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1, ber. ABl. 2008 Nr. C 111 S. 56 u. ABl. 2009 Nr. C 290 S. 1).
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 1.6.2009 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde](#) (ZHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1987 (BGBl. I S. 1225), zuletzt geändert durch Art. 3 VO zur Änd. von Anlagen von Vorschriften des Gesundheitswesens vom 17. 12. 2007 (BGBl. I S. 2945)
- [Approbationsordnung für Zahnärzte \(Zahnärzteapprobationsordnung\), \(ZAppO\)](#), [I-K-12-A], vom 26.1.1955 (BGBl. I S. 37), zuletzt geändert durch das G zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe vom 2.12.2007 (BGBl. I S. 2686, 2706)
- [Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe vom 2.12.2007](#), BGBl. I S. 2686.
- Landes-Heilberufs- und Heilberufskammergesetze
- Landesgesetze über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern, Beispiel: Berlin, Gesetz vom 20. Juli 1978, zuletzt geändert durch Art. X ÄndG3 vom 18. 11. 2009 (GVBl. S. 674)
- Weiterbildungsordnungen der Landesärztekammern.
- [Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8230-26, veröffentlichten bereinigten Fassung](#), zuletzt geändert durch Art. 40 G v. 2.12.2007 (I 2686).

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe erfolgte für die Zahnärzte durch Änderung des Gesetzes über die Ausübung der Zahnheilkunde (ZHG) und der Approbationsordnung für Zahnärzte (Zahnärzteapprobationsordnung, ZAppO) durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Zahnärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Zahnarzt

1. Titel

Gem. § 1 ZHG bedarf die dauernde Ausübung der Zahnheilkunde in Deutschland

- der **Approbation** als Zahnarzt nach Maßgabe des Zahnheilkundengesetzes (ZHG). Diese berechtigt zur Führung der Bezeichnung "Zahnarzt" oder "Zahnärztin".
- Eine vorübergehende Ausübung der Zahnheilkunde für eine Zeitdauer von bis zu drei Jahren bei gleichzeitiger Niederlassung im Bundesgebiet bedarf der **Erlaubnis** (§ 13 ZHG) und berechtigt ebenfalls zur Führung des Titels
- Gleiches gilt bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Art. 50 EGV (Art. 57 AEUV) im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden (§ 13a ZHG).

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Die Approbation als Zahnarzt ist gem. § 2 Abs. 1 ZHG auf Antrag zu erteilen, wenn der Antragsteller

1. Deutscher im Sinne des Art.116 GG oder **Staatsangehöriger eines** der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder eines **Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder Deutschland und die EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben** (hierunter fallen die

Allemagne

Schweizer), oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer ist,

2. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich seine **Unwürdigkeit** oder **Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs ergibt,
3. nicht in **gesundheitlicher Hinsicht** zur Ausübung des Berufs ungeeignet ist;
4. über die entsprechende **Berufsqualifikation** verfügt; hier sind die Detailregelungen kompliziert; in der Regel erfordert die Approbation das Bestehen der zahnärztlichen Prüfung nach **mindestens fünfjährigem Studium der Zahnheilkunde** an einer wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des ZHG.

Allerdings gilt als solche **auch eine abgeschlossene zahnärztliche Ausbildung in einem** der übrigen EU-Mitgliedstaaten oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder in einem **Vertragsstaat, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, wenn sie durch Vorlage eines entsprechenden Ausweises¹ eines dieser Staaten nachgewiesen wird.**

Der Ausbildungsnachweis muss den in der Anlage zum ZHG aufgeführten Diplomen entsprechen, diese Anlage kann entsprechend des Anhangs V Nr. 5.3.2. der RiL 2005/36/EG durch Rechtsverordnung angepasst werden.

Für die Schweiz sind dies nach der Anlage:

Diplome fédéral de médecin-dentiste / Eidgenössisches Zahnarzdiplom / Diploma federale di dentista (Departement fédéral de l'intérieur / Eidgenössisches Departement des Innern / Departamento federale dell'interno); Stichtag ist der **1. Juni 2002**.

Entscheidend ist auch das Datum der Ausbildung und des Ausweises. Bei Vertragsstaaten, denen Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, gilt der per Übereinkommen als massgeblich vereinbarte Zeitpunkt. Wurde die Ausbildung **vor** dem maßgebenden Datum aufgenommen und genügt sie nicht allen Mindestanforderungen, kann die zuständige Behörde zusätzlich zu den Ausbildungsnachweisen die Vorlage einer **Bescheinigung** des Herkunftsstaates verlangen, aus der sich ergibt, daß der Antragsteller während der letzten **fünf Jahre** vor der Antragstellung **mindestens drei Jahre** den zahnärztlichen Beruf ununterbrochen und rechtmäßig ausgeübt hat.

Gleichwertig sind nach dem Stichtag ausgestellte Ausbildungsnachweise, die den in der Anlage zum ZHG genannten Ausbildungsnachweisen nicht entsprechen sind ausreichend, wenn sie mit einer **Bescheinigung** der zuständigen Behörde oder Stelle des Herkunftsstaates vorgelegt werden, daß sie eine Ausbildung abschließen, die den Mindestanforderungen des Artikels 34 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, und daß sie den für diesen Staat in der Anlage zum ZHG aufgeführten Nachweisen gleichstehen.

Sind diese Voraussetzungen **nicht** erfüllt, ist die Approbation gleichwohl zu erteilen, wenn etwa eine im Ausland abgeschlossene Zahnarztausbildung erworben wurde und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist oder in einem Drittland ausgestellte Ausbildungsnachweise erworben wurden, die von einem Mitgliedstaat nach Art. 2 Abs. 2 RiL 2005/37/EG anerkannt wurden und dieser Staat entsprechende Berufserfahrung bescheinigt und die Unterschiede nicht gravierend sind.

¹ Bei Ausweisen andere EU- oder EWR-Staaten muss der Ausweis nach dem 27. Januar 1980 von anderen EU-Staaten ausgestellt worden und in der Anlage zum ZHG aufgeführt sein bzw. nach dem 31. Dezember 1992 von einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ausgestellt worden sein.

Allemagne

In die Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes sind bei einem Antragsteller, der Staatsangehöriger eines Staates ist, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen Rechtsanspruch eingeräumt haben, die in einem anderen Staat absolvierten Ausbildungsgänge oder die dort erworbene Berufserfahrung einzubeziehen. Ein gleichwertiger Kenntnisstand ist **nachzuweisen**, wenn

1. die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht gegeben ist,
2. eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person des Antragstellers liegen, von diesem nicht vorgelegt werden können, oder
3. der Zahnarzt die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmässigen Berufspraxis nach Artikel 23 oder Artikel 37 der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt.

Der Nachweis wird durch das Ablegen einer **Prüfung** erbracht, die sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung erstreckt. Diese Prüfung beschränkt sich jedoch auf diejenigen Bereiche, in denen die Ausbildung hinter nach ZHG und der Approbationsordnung für Zahnärzte geregelten Ausbildung zurückbleibt.

5. Zudem muss der Antragsteller über die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der **deutschen Sprache** verfügen.

b. Antragsinhalt

Vorzulegen sind für den Antrag auf Approbation gem. § 2 Abs. 6 ZHG (und § 59 ZAppO) die **folgende Unterlagen**. Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden.

1. ein **Staatsangehörigkeitsnachweis**,
2. eine **amtlich beglaubigte Kopie der Befähigungsnachweise** oder des Ausbildungsnachweises, der zur Aufnahme des entsprechenden Berufs berechtigt, sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung über die von der betreffenden Person erworbene Berufserfahrung,
3. die Unterlagen, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellt wurden und belegen, dass die Erfordernisse der **Zuverlässigkeit** zur Berufsausübung erfüllt werden (nicht älter als **drei Monate**).
4. der Nachweis der **gesundheitlichen Eignung** (nicht älter als **drei Monate**), wobei ein entsprechender Nachweis, der im Herkunftsmitgliedstaat gefordert wird, anerkannt wird oder, wenn im Herkunftsmitgliedstaat kein derartiger Nachweis verlangt wird, eine von einer zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellte Bescheinigung,
5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats, aus der hervorgeht, dass die Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen den in der Richtlinie verlangten Nachweisen **entsprechen**,
6. bei in einem **Drittland** erworbenen Ausbildungsnachweisen zusätzliche Angaben, um feststellen zu können, ob sich die Ausbildung auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch die Ausbildung nach diesem Gesetz und die Approbationsordnung für Zahnärzte vorgeschrieben sind,
7. für den Fall, dass sich Ausbildungsnachweise, die von der zuständigen Behörde eines EU-Mitgliedstaats, eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, ausgestellt wurden, auf eine Ausbildung beziehen, die ganz oder teilweise in einer rechtmässig im Hoheitsgebiet eines **anderen** der

Allemagne

genannten Staaten niedergelassenen Einrichtung absolviert wurde, Unterlagen darüber,

- a) ob der Ausbildungsgang in der betreffenden Einrichtung von der Ausbildungseinrichtung des Ausstellungsmitgliedstaats offiziell bescheinigt worden ist,
- b) ob der ausgestellte Ausbildungsnachweis dem entspricht, der verliehen worden wäre, wenn der Ausbildungsgang vollständig im Ausstellungsmitgliedstaat absolviert worden wäre, und
- c) ob mit dem Ausbildungsnachweis im Hoheitsgebiet des Ausstellungsmitgliedstaats dieselben beruflichen Rechte verliehen werden.

Haben die zuständigen Behörden berechtigte Zweifel an der Authentizität der in dem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise, können sie von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität dieser Bescheinigungen und Nachweise sowie eine Bestätigung darüber verlangen, dass der Antragsteller die Mindestanforderungen der Ausbildung erfüllt, die in Artikel 34 der Richtlinie 2005/36/ EG verlangt werden.

An sich sollten die nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ZApprO erforderlichen Nachweise (**kurz gefasster Lebenslauf und Geburtsurkunde oder ein Auszug aus dem Familienbuch der Eltern, bei Verheirateten auch die Heiratsurkunde oder ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch**) nicht verlangt werden, in der Praxis scheint man dies jedenfalls bislang allerdings zu fordern.

Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in durch einen gesetzlich vereidigten Übersetzer beglaubigter **Übersetzung** vorgelegt werden.

Die Unterlagen sind in beglaubigter Kopie einzureichen oder als Original mit einfacher Kopie (Unterlagen werden zurückgesandt)

Die Kosten der Approbation sollten bei c.a. 120 € liegen (ohne Gewähr).

Die Voraussetzungen für die Approbation weichen abgesehen von der Frage der Ausbildungsnachweise insgesamt nur leicht von denen ab, die inländische Bewerber zu erfüllen haben (vgl. § 59 ZApprO). Man gewährt ausländischen Bewerbern in der Regel sogar Vorteile (z.B. können Gesundheits- und Führungszeugnisse bis zu drei Monate alt sein, bei inländischen Bewerbern nur einen Monat).

c. Kammermitgliedschaft

Die Kammermitgliedschaftspflicht für approbierte niedergelassene Zahnärzte ergibt sich aus den Landes- Heilberufekammergesetzen, wie etwa dem baden-württembergischen HBKG.

Nach dessen § 2 Abs. 1 Nr. 2 gehören der Landes Zahnärztekammer alle Zahnärztinnen und Zahnärzte an die approbiert sind oder eine Ausübungserlaubnis bekommen haben.

Adressen der Landes Zahnärztekammern:

Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

Albstadtweg 9

70567 Stuttgart

Tel.: 0711/22 845-0 / Fax: 0711/22 845-40

<http://www.lzkbw.de/>

Zahnärztekammer Nordrhein

Emanuel-Leutze-Str. 8
40547 Düsseldorf
Tel.: 0211/52 60 50 / Fax: 0211/5260521
<http://www.zaek-nr.de/index.jsp>

Bayerische Landeszahnärztekammer

Fallstr. 34
81369 München
Tel.: 089 72480-0 / Fax: 089 72480131
<http://www.blzk.de/>

Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz

Langenbeckstr. 2
55131 Mainz
Tel.: 06131/9 61 36 60 / Fax: 06131/9 61 36 89
<http://www.lzk-rheinland-pfalz.de/>

Zahnärztekammer Berlin

Stallstraße 1
10585 Berlin
Tel. 030/34808-0 / Fax: 030/34808-240
<http://www.zaek-berlin.de/>

Ärztekammer des Saarlandes, Abt. Zahnärzte

Puccinistr. 2
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681/58 60 80 / Fax: 0681/58 46 153
http://www.kzvs.de/o_a_index.htm

Landeszahnärztekammer Brandenburg

Parzellenstraße 94
03046 Cottbus
Tel.: 0355/38148-0 / Fax: 0355/38148-48
<http://www.lzkb.de/>

Landeszahnärztekammer Sachsen

Schützenhöhe 11
01099 Dresden
Tel.: 0351/80 66 - 0 / Fax: 0351/80 66 - 241
<http://www.lzk-sachsen.de/>

Zahnärztekammer Bremen

Universitätsallee 25
28359 Bremen
Tel.: 0421/ 33 303 - 0 / Fax: 0421/33 303 - 23
<http://www.zaek-hb.de/zahnaerztekammer-bremen/startseite.php>

Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt

Große Diesdorfer Str. 162
39110 Magdeburg
Tel.: 0391/73 93 90 / Fax: 0391/73 93 920
<http://www.zaek-sa.de/index.php>

Allemagne

Zahnärztekammer Hamburg

Möllner Landstr. 31
22111 Hamburg
Tel.: 040/73 34 05-0 / Fax: 040/73 25 828
<http://www.zahnaerzte-hh.de/>

Zahnärztekammer Schleswig-Holstein

Westring 496
24106 Kiel
Tel.: 0431/26 09 26- 0 / Fax: 0431/26 09 26 -15
<http://www.zaek-sh.de/>

Landeszahnärztekammer Hessen

Rhonestraße 4
60528 Frankfurt
Tel.: 069 / 42 72 75 - 0 / Fax: 069 / 42 72 75 - 105
<http://www.lzkh.de>

Landeszahnärztekammer Thüringen

Barbarosahof 16
99092 Erfurt
Tel.: 0361/74 32 0 / Fax: 0361/7432150
<http://www.lzkth.de>

Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

Wismarsche Str. 304
19055 Schwerin
Tel.: 0385/59108-0 / Fax: 0385/59108 - 20 /- 23
<http://www.zaekmv.de/>

Zahnärztekammer Westfalen-Lippe

Auf der Horst 29
48147 Münster
Tel.: 0251/507 - 0 / Fax: 0251/507 - 570
<http://www.zahnaerzte-wl.de/>

Zahnärztekammer Niedersachsen

Zeißstraße 11 a
30519 Hannover
Tel.: 0511/83 391 - 0 / Fax: 0511/83 391 - 116
<http://www.zkn.de/>

d. Kassenzulassung

Zu unterscheiden ist auch danach, ob ein Zahnarzt Privat- oder Kassenpatienten oder beide behandeln möchte. Zur Behandlung von Kassenpatienten benötigt ein Zahnarzt eine **Kassenzulassung** (Verträge mit Versicherern der Gesetzlichen Krankenversicherung), Vertragszahnärzte sind wiederum Zwangsmitglieder in der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), bzw. deren Landesverband. Die Eintragung als Kassenzahnarzt in das Zahnarztregister ist bei der (regional) zuständigen Kassenzahnärztlichen Vereinigung zu beantragen.

Voraussetzungen für die Eintragung sind die Approbation als Zahnarzt, sowie an sich die Ableistung einer mindestens zweijährigen Vorbereitungszeit in einer zugelassenen Praxis oder in einer Zahnklinik im Anschluss an das Studium. Die Vorbereitung muss eine mindes-

Allemanne

tens sechsmoatige Tätigkei als Assistent oder Vertreter eines oder mehrerer Kassenzahnärzte umfassen; eine Tätigkei als Vertreter darf nur anerkannt werden, wenn der Zahnarzt eine vorausgegangene mindestens einjährige Tätigkei in unselbständiger Stellung als Assistent eines Kassenzahnarztes oder in oben genannten Einrichtungen nachweisen kann. Für die übrige Zeit kann die Vorbereitung durch Tätigkeiten in unselbständiger Stellung in Universitätszahnkliniken, Zahnstationen eines Krankenhauses oder des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder der Bundeswehr oder in Zahnkliniken abgeleistet werden.

Dies gilt allerdings nicht für Zahnärzte, die in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, einen nach den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften anerkannten Ausbildungsnachweis erworben haben und zur Berufsausübung zugelassen sind (darunter fallen auch Schweizer, wobei die Rechtslage in der Übergangszeit bis zur Annahme der RiL 2005/36/EG durch die Schweiz unklar bleibt).

Fehlt dem Zahnarzt die Kassenzulassung, kann eine Abrechnung ärztlicher Leistungen nur auf privatrechtlicher Basis erfolgen (private Krankenversicherung). In der Regel wird ein Zahnarzt jedoch eher selten als reiner Privatarzt tätig sein wollen. Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen sind nach Bundesländern aufgegliedert (jeweils eigene kassenzahnärztliche Vereinigung). Auf Bundesebene kommt die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) hinzu.

Kontaktadresse: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung in Köln, Universitätsstr. 73, 50931 Köln, Postfach 41 01 69, 50861 Köln Telefon: 0221 / 4001 - 0Telefax: 0221 / 40 40 35; E-Mail: post@kzbv.de.

e. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Gem. § 16 Abs. 2 ZHG erteilt die Approbation bei Bewerbern aus dem Ausland die zuständige Behörde des Landes, in dem der zahnärztliche Beruf ausgeübt werden soll. Dies gilt auch für Widerruf und Rücknahme der Approbation, diese Entscheidungen trifft ebenfalls die zuständige Behörde des Landes, in dem der zahnärztliche Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist. Die zuständigen Behörden werden durch Landesrecht bestimmt. So ergibt sich etwa aus § 1 Abs. 1 Nr. 2 der hessischen Approbationszuständigkeitsverordnung (ApproZustVO), dass in der Regel das Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen die zuständige Behörde für die Entgegennahme des Antrags auf Approbation als Zahnarzt und die Ausstellung der Approbationsurkunde ist. Für andere Bundesländer sind andere Behörden zuständig, der Einfachheit halber wird nachfolgend eine **Liste der zuständigen Behörden pro Land** beigefügt

Adressen der zuständigen Behörden

Baden-Württemberg:

Regierungspräsidium Stuttgart

- Referat 92 -

Postfach 80 07 09

70 507 Stuttgart

Tel.: 0711 / 904-0 /-39700

Fax: 0711 / 904-3162

<http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1147514/index.html>

Allemagne

Bayern:

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Gesundheit
Winzererstr. 9
80797 München
Tel. 0 89/12 61-01

zuständig:

Bezirksregierung Oberbayern
Maximilianstraße 39
80538 München
Tel.: 089/2176-2634 / Fax: 089/2176-402634
<http://www.regierung.oberbayern.bayern.de/>

Bezirksregierung Unterfranken
Peterplatz 9
97070 Würzburg
Tel: 0931/380-1754 (-1755, -1756) / Fax: 0931/380-2754 (-2755, -2756)
http://www.regierung.unterfranken.bayern.de/unsere_aufgaben/7/3/17647/index.html

Berlin:

Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)
Fehrbelliner Platz 1
10707 Berlin
Tel.: 030/90229-0 / Fax: (030) 90229-2094
<http://www.berlin.de/lageso/gesundheit/akademische-berufe/zahnarzt/approbation.html>

Brandenburg:

Landesgesundheitsamt im LASV
Dezernat akademische und nichtakademische
Gesundheitsberufe
Wünsdorfer Platz 3
15806 Zossen
Tel. 033702/ 7 11 -17
<http://www.lasv.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.355240.de>

Bremen:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen
Tel.: 0421/361-9549 / Fax: 0421/361-2072
<http://www.soziales.bremen.de/detail.php?gsid=bremen69.c.2188.de>

Hamburg:

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Landesprüfungsamt für Heilberufe
Billstraße 80
20539 Hamburg
Tel.: 040/42837-3912 / Fax: 040/42837-3497
<http://www.hamburg.de/124370/start-approbation-zahnarzt.html>

Allemagne

Hessen:

Hessische Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen
Walter-Möller-Platz 1
60439 Frankfurt am Main

Tel.: 069/15677 -01 (-05, -06) / Fax: 069/15677 -16

http://www.rp-giessen.hessen.de/irj/RPGIE_Internet?rid=HMdl_15/RPGIE_Internet/sub/8da/8da09392-b3a8-b112-6684-144e9169fccd,,22222222-2222-2222-2222-222222222222.htm

Mecklenburg:

Landesprüfungsamt für Heilberufe beim Landesamt für Gesundheit und Soziales
Mecklenburg-Vorpommern
Schlesinger Straße 35
18059 Rostock

Tel.: 0381/122-2911 / Fax: 0381/122-2910

[http://www.lagus.mv-regierung.de/land-mv/LAGuS_prod/LAGuS/Gesundheit/Landespruefungsamt_fuer_Heilberufe_\(LPH\)/Approbaton_Berufserlaubnis/Approbaton/index.jsp](http://www.lagus.mv-regierung.de/land-mv/LAGuS_prod/LAGuS/Gesundheit/Landespruefungsamt_fuer_Heilberufe_(LPH)/Approbaton_Berufserlaubnis/Approbaton/index.jsp)

Niedersachen:

Niedersächsischer Zweckverband zur Approbationserteilung
Berliner Allee 20
30175 Hannover

Tel.: 0511/380-2564 / Fax: 0511/106-997349

http://www.aekn.de/web_aekn/home.nsf/ContentView/Beratung_approbationen_und_berufserlaubnisse

Nordrhein- Westfalen:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Fürstenwall 25
40190 Düsseldorf

zuständig:

Regierungspräsident Arnsberg
Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

Tel.: 02931/82-2403 / Fax: 02931/82-40356 für die Städte Dortmund, Hagen und Herne
sowie für die Kreise: Ennepe-Ruhr, Hochsauerland und Märkischer Kreis

Tel.: 02931/82-2404 / Fax: 02931 82-40586 für die Städte Bochum und Hamm sowie für die
Kreise Siegen-Wittgenstein, Unna, Soest und Olpe

http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/dieBezirksregierung/aufbau/abteilungen/abteilung2/dezernat24/approbationsrecht/zahnarzt_appro/index.html

Regierungspräsident Detmold
Leopoldstr. 13 - 15
32756 Detmold

Tel.: 05231/71-0 (-2046) / Fax: 05231/71-1295

http://www.bezreg-detmold.nrw.de/200_Aufgaben/020_Gesundheit_und_Soziales/Berufszulassung_Heilberufe/index.php

Allemagne

Regierungspräsident Münster

Domplatz 1 - 3

48143 Münster

Tel.: 0251/411 31 00 (-01) / Telefax: 0251/411 831 00 (-01)

<http://www.bezreg->

[muenster.nrw.de/startseite/abteilungen/abteilung2/Dez_24_oeffentliche_Gesundheit_medizinische_und_pharmazeutische_Angelegenheiten_Sozialwesen_Krankenhausfoerderung/Approbation_und_BE/index.html](http://www.bezreg-muenster.nrw.de/startseite/abteilungen/abteilung2/Dez_24_oeffentliche_Gesundheit_medizinische_und_pharmazeutische_Angelegenheiten_Sozialwesen_Krankenhausfoerderung/Approbation_und_BE/index.html)

Bezirksregierung Düsseldorf

Am Bonnhof 35

40474 Düsseldorf

Tel.: 0211/475-5259 / Fax: 0211/475-5981

http://www.brd.nrw.de/gesundheitssoziales/medizinische_angelegenheiten/Merkblatt_Regelaprozess_Zahnarzt.html

Bezirksregierung Köln

Zeughausstr. 2 - 10

50667 Köln

Tel.: 0221/147-2539 / Fax: 0221/147-2901

<http://www.bezreg->

[koeln.nrw.de/brk_internet/organisation/abteilung02/dezernat_24/approbationen/approbationsverfahren_zahnarzt/index.html](http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/organisation/abteilung02/dezernat_24/approbationen/approbationsverfahren_zahnarzt/index.html)

Rheinland-Pfalz:

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Landesprüfungsamt

Schießgartenstraße 6

55116 Mainz

Tel.: 06131/162010 / Fax: 06131/162015

<http://www.lsjv.rlp.de/gesundheitssoziales/landespruefungsamt/zahnmedizin/>

Saarland:

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

Franz-Josef-Röder-Str. 23

66119 Saarbrücken

Tel.: 0681/9978-4304 / Fax: 0681/9978-4399

<http://www.lsgv.saarland.de/landespruefungsamt.htm>

Sachsen:

Sächs. Staatsministerium für Soziales, Gesundheit,

Jugend und Familie

Albertstr. 10

01097 Dresden

Landesdirektion Chemnitz

Abt. Inneres, Soziales und Gesundheit

Altchemnitzer Str. 41

09120 Chemnitz

Tel.: 0371/5 32 17 34 / Fax: 0371/5 32 19 29

<http://www ldc.sachsen.de/>

Allemagne

Landesdirektion Dresden
Abt. Inneres, Soziales und Gesundheit
Stauffenbergallee 2
01099 Dresden
Tel.: 0351/825-7112 / Fax: 0351/825-999
<http://www.ld-dresden.de/>

Landesdirektion Leipzig
Abt. Inneres, Soziales und Gesundheit
Braustraße 2
04107 Leipzig
Tel.: 0341/9772214 (-12) / Fax: 0341/9771199
<http://www.ldl.sachsen.de/de/internet/internet.htm>

Sachsen-Anhalt:

Landesverwaltungsamt
Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe –Referat 607-
Ernst-Kamieth-Str. 2
06112 Halle
Tel.: 0345/514 17 01 (-10, -09)
<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=16870>

Schleswig-Holstein:

Landesamt für Soziale Dienste
Adolf-Westphal-Str. 4
24143 Kiel
Tel.: 0431/988-5572 (-65)
<http://www.schleswig-holstein.de/LASD/DE/Gesundheitsberufe/MSGFGesundheitsberufe/merkblattApproZahn.htm>
!

Thüringen:

Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 560
Weimarplatz 4
99423 Weimar
Tel. : 03 61/37 73 70 24
<http://www.thueringen.de/de/tlwva/gesundheit/heilberufe/approbation/zahnmedizin/content.html>

bb. Verfahren, Fristen

Die **Frist** für die Erteilung der Approbation an ausländische Zahnärzte ist gem. § 3 Abs. 2 ZHG für alle Bundesländer einheitlich (Abs. 3) in der Approbationsordnung geregelt. Gem. § 59 Abs. 5 Satz 1 ZAppO ist über den Antrag eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats, eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. Die EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben kurzfristig, spätestens drei Monate nach Vorlage der Unterlagen durch den Antragsteller zu entscheiden.² Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller zudem binnen eines Monats nach Eingang des Antrags den Antragseingang und den Empfang der Unterlagen und teilt ihm mit, welche Unterlagen fehlen.

² Nur wenn es um die Anerkennung eines Diploms geht, das in einem Drittland erworben wurde, stehen statt drei vier Monate zur Verfügung.

Allemanne

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Nach einem neuen § 2 Abs. 1a ZHG haben die zuständigen Behörden des Bundeslandes, in welchem der Beruf zuletzt ausgeübt wird, den Behörden im Herkunftsmitgliedstaat über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen und Rücknahme und Widerruf oder das Ruhen der Approbation **anzuzeigen**.

f. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Soll die Approbation wegen Fehlens einer der Voraussetzungen abgelehnt werden, muss der Betroffene **angehört** werden.

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 4 ZHG möglich, wenn die Voraussetzungen tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Gem. § 5 ZHG kann ihr Ruhen u.a. angeordnet werden, wenn der Zahnarzt nicht über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

g. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Die ausländischen Zahnärzte haben hinsichtlich der Berufsausübung die gleichen Rechte und Pflichten wie die inländischen Berufsangehörigen. Dies regeln Landes-Heilberufesetze wie etwa § 3 Abs. 3 des **Hessischen Heilberufesgesetzes**³, das insbesondere die Rechte und Pflichten nach den §§ 22 und 23 zur gewissenhaften Berufsausübung, Fortbildung, Teilnahme am Notfalldienst und zur Dokumentation sowie die Pflicht zur Anerkennung der berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln nach Maßgabe des Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG und den jeweiligen Berufsordnungen festsetzt. Dokumentationspflichten gelten insbesondere in folgenden Bereichen:

- Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen (Röntgenpass)
- Verwendete Materialien (für Zahnersatz, Implantate und Füllungen)
- Allgemeine Dokumentation der durchgeführten Therapie in der Patientenakte
- Dokumentation der durchgeführten Instrumentenaufbereitung (Desinfektion und Sterilisation)
- Dokumentation der regelmäßig durchgeführten Unterweisungen des Personals

Auch nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes**⁴ sind die Ärzte verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbeson-

³ Gesetz über die Berufsvertretungen, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in der Fassung vom 7. Februar 2003, zuletzt geändert durch Art. 6 des Hess. G zur Ums. der RL 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt und zur Änd. von Rechtsvorschriften vom 15. 12. 2009 (GVBl. I S. 716).

⁴ Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz - HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl S. 43) BayRS 2122-3-A, zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 2 ZuständigkeitsG Gesundheit, Arbeitsschutz und Ernährung vom 2. 4. 2009 (GVBl S. 46).

Allemanne

dere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten. soweit sie in eigener Praxis tätig sind, am Notfall- und Bereitschaftsdienst teilzunehmen, über in Ausübung ihres Berufs gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes (HBKaG)** sind alle Kammermitglieder verpflichtet, ihren Beruf **gewissenhaft auszuüben** und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen, nachzukommen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden. **Sie müssen sich** vor der Durchführung klinischer Versuche am Menschen, vor der Forschung mit vitalen menschlichen Gameten und lebendem embryonalem Gewebe, vor der epidemiologischen Forschung mit personenbezogenen Daten sowie vor Maßnahmen nach den §§ 8 und 9 TFG durch eine Ethikkommission gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 beraten lassen.

bb. Zu beachtende Rechtsvorschriften

In Deutschland wird im Rahmen der Heilberufe sehr viel Wert auf die Beachtung der gesetzlichen Vorgaben zur Berufsausübung gelegt und in zunehmendem Maße Kontrollen von den zuständigen Behörden (z.B. Gesundheitsämter, staatliche Ämter für Arbeitsschutz) durchgeführt. Diese Gesetze können im Rahmen dieses Gutachten nicht erörtert werden, sollen aber gleichwohl Erwähnung finden, da sie in der täglichen Berufspraxis relevant werden:

So sind im Zusammenhang mit der Behandlung der Patienten zu berücksichtigen:

- Röntgenverordnung nebst Richtlinien
- Medizinproduktegesetz
- Medizinproduktebetriebsverordnung
- Medizinprodukteverordnung
- Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung
- Infektionsschutzgesetz
- Anforderungen an die Hygiene in der Zahnmedizin (Robert Koch-Institut)
- Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Instrumenten
- Trinkwasserverordnung
- Arzneimittelgesetz
- Betäubungsmittelverschreibungsverordnung
- Zahnheilkundengesetz
- Heilberufsgesetz
- Berufsordnungen der Länder
- Verpflichtung zum Abschluss einer Berufshaftpflicht-Versicherung

Im Zusammenhang mit dem Personal sind zu berücksichtigen:

- Biostoffverordnung
- Technische Regel Biologische Arbeitsstoffe
- Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung
- Diverse Unfallverhütungsvorschriften
- Diverse Technische Regeln der Berufsgenossenschaft

Allemagne

- Gefahrstoffverordnung
- Mutterschutzgesetz
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Arbeitszeitgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Gerätesicherheitsgesetz

Bei Betrieb einer Zahnarztpraxis sind zudem zu berücksichtigen:

- Gewerbeabfallverordnung
- Bundesdatenschutzgesetz
- Richtlinien der Landesarbeitsgemeinschaft Abfall (Entsorgung)
- Abwasserverordnung
- Indirekteinleiterverordnung
- Maßnahmen im Bereich der Geräteüberwachung

h. Zahnärztliche Weiterbildung

In Deutschland sind für Angelegenheiten zahnärztlicher Weiterbildung die Länder zuständig. Geregelt ist sie in Landesweiterbildungsgesetzen- oder -ordnungen. Hinsichtlich der Details zu Spezialisierungen der Zahnärzte verweisen wir als Beispiel auf das Gesetz über die Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern des Landes Berlin (Gesetz vom 20. Juli 1978, zuletzt geändert durch Art. X ÄndG vom 18. 11. 2009 (GVBl. S. 674)), sowie die dortige Weiterbildungsordnung, die gem. § 9 ÄWbG die Richtlinie 2005/36/EG zu beachten hat. Nach diesem Landesgesetz können Zahnärzte nach erfolgreichem Abschluß einer Weiterbildung die Bezeichnung führen, die auf eingehende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten in einem bestimmten beruflichen Gebiet (Facharztbezeichnung), in einem gebietsspezifischen Schwerpunkt (Schwerpunktbezeichnung) oder auf andere zusätzlich erworbene besondere Kenntnisse und Erfahrungen im beruflichen Bereich (Zusatzbezeichnung) hinweisen. Die Weiterbildung in den Gebieten und gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten umfaßt praktische Berufstätigkeit und theoretische Unterweisung zur Vertiefung der Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Weiterbildung in den Gebieten darf drei Jahre, in den gebietsspezifischen Schwerpunkten oder Teilgebieten zwei Jahre nicht unterschreiten. Die Weiterbildung für Zahnärzte umfaßt in den jeweiligen Gebieten insbesondere die Behandlung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten einschließlich der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt sowie die notwendigen Maßnahmen der Rehabilitation. Für Zahnärzte bestimmt die Zahnärztekammer Gebietsbezeichnungen in den Fachrichtungen Konservative Zahnheilkunde - Operative Zahnheilkunde - Präventive Zahnheilkunde und in Verbindung dieser Fachrichtungen. Gebietsbezeichnung ist auch die Bezeichnung „Öffentliches Gesundheitswesen“.

Hierbei werden gem. § 7a ÄWbG Berlin nach der Richtlinie 2005/36/EG Berufsqualifikationsnachweise wie folgt anerkannt:

Staatsangehörige EU oder EWR-Staates oder eines Staates, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die ein fachbezogenes Diplom, ein fachbezogenes Prüfungszeugnis oder einen sonstigen fachlichen Weiterbildungsnachweis besitzen, das oder der gegenseitig anerkannt wird oder einer solchen Anerkennung auf Grund erworbener Rechte nach dem Recht der Europäischen Union gleichsteht, erhalten auf Antrag die Anerkennung ihres Weiterbildungstitels.

Liegen die Voraussetzungen der gegenseitigen Anerkennung oder Gleichstellung nicht vor und liegt die Dauer der Weiterbildung mindestens ein Jahr unter der von der Kammer festgelegten Weiterbildungszeit oder unterscheiden sich die Inhalte wesentlich von der durch

Allemanne

die Kammer bestimmten Weiterbildung, wird über die Anerkennung erst nach Absolvierung eines höchstens dreijährigen Anpassungslehrganges oder Ablegung einer Eignungsprüfung (Anpassungsmaßnahmen) entschieden. Über Umfang und Inhalt der Anpassungsmaßnahme entscheidet die Kammer nach Maßgabe der gegenüber der durch die jeweilige Weiterbildungsordnung festgelegten Weiterbildung auszugleichenden Unterschiede.

Wurde die Weiterbildung in einem Drittland abgeschlossen und von einem anderen EU-oder EWR-Staat oder einem Staat anerkannt, dem die EU-Mitgliedstaaten vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und von diesem Staat eine dreijährige Tätigkeit in dem jeweiligen Arbeitsfeld der Weiterbildung in seinem Hoheitsgebiet bescheinigt oder kann der Antragsteller die Anforderungen an die erworbenen Rechte nach EU-Recht deshalb nicht erfüllen, weil ihm die erforderliche Berufspraxis fehlt, sind für die Entscheidung über die Anerkennung ebenfalls Anpassungsmaßnahmen (Lehrgang oder Prüfung) nachzuweisen.

i. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu drei Jahren

Personen, mit abgeschlossener zahnärztlicher Ausbildung kann die Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung der Zahnheilkunde erteilt werden und zwar widerruflich und nur bis zu einer Gesamtdauer von **höchstens drei Jahren** (§ 13 ZHG). Eine weitere Erteilung oder Verlängerung der Erlaubnis ist nur für den Zeitraum möglich, der erforderlich ist, damit der Antragsteller eine unverzüglich nach Erteilung der Erlaubnis begonnene zahnärztliche Weiterbildung abschließen kann, die innerhalb von drei Jahren aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht beendet werden konnte. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung ist nur zulässig, wenn die Weiterbildung innerhalb dieses Zeitraumes abgeschlossen wird und darf den Zeitraum von einem Jahr nicht überschreiten.⁵

Ausnahmen (§ 13 Abs. 2 ZHG) gelten nur, wenn etwa der Antragsteller mit einem Deutschen, einem EU- oder EWR-Staatsangehörigen oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist.

Erleichterungen gelten, wenn der Antragsteller Ehegatte oder Kind eines Unionsbürgers bzw. eines Staatsangehörigen eines EWR- oder Vertragsstaates ist dem Deutschland und die EG bzw. EU einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (z.B. Schweiz).

In Ausnahmefällen (§ 13 Abs. 4 ZHG) kann eine Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung der Zahnheilkunde auch Personen erteilt werden, die außerhalb des Geltungsbereichs die-

⁵ Gem. § 13 Abs. 3 ZHG darf eine Erlaubnis ausnahmsweise über die in Absatz 2 genannten Zeiträume hinaus erteilt oder verlängert werden, wenn es im Interesse der zahnärztlichen Versorgung der Bevölkerung liegt oder wenn der ausländische Antragsteller

1. unanfechtbar als Asylberechtigter anerkannt ist,
2. eine Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes besitzt,
3. mit einem Deutschen im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes oder mit einem Staatsangehörigen der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraumes oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat,
4. im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist, der Einbürgerung jedoch Hindernisse entgegenstehen, die der Antragsteller nicht selbst beseitigen kann.

Allemagne

ses Gesetzes eine zahnärztliche Ausbildung erworben, aber noch nicht abgeschlossen haben, wenn

1. der Antragsteller auf Grund einer das Hochschulstudium abschließenden Prüfung außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes die Berechtigung zur beschränkten Ausübung des zahnärztlichen Berufs erworben hat und
2. die auf Grund der Erlaubnis auszuübende Tätigkeit zum Abschluß einer zahnärztlichen Ausbildung erforderlich ist.

Die Erlaubnis ist in diesen Fällen auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen zu **beschränken**. Sie kann mit der Auflage verbunden werden, dass die vorübergehende Ausübung der Zahnheilkunde unter Aufsicht eines Zahnarztes, der die Approbation oder die Erlaubnis nach Absatz 1 besitzt, erfolgt. Sie darf nur unter dem Vorbehalt des Widerrufs und nur bis zu einer Gesamtdauer der zahnärztlichen Tätigkeit erteilt werden, deren es zum Abschluss der Ausbildung bedarf.

Personen, denen eine Erlaubnis zur Ausübung der Zahnheilkunde erteilt worden ist, haben im Übrigen die **Rechte und Pflichten eines Zahnarztes** (§ 13 Abs. 5 ZHG).

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Die vorübergehende Ausübung der Zahnheilkunde unterliegt gem. § 1 Abs. 1 a.E. ZHG geringeren Voraussetzungen. Zahnärzte, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (hierunter fällt die Schweiz), dürfen den zahnärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes **ohne Approbation als Zahnarzt oder ohne Erlaubnis** zur vorübergehenden Ausübung der Zahnheilkunde ausüben, sofern sie vorübergehend als Erbringer von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages tätig werden. § 13a ZHG präzisiert, dass Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs in einem der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, auf **Grund einer nach deutschen Rechtsvorschriften abgeschlossenen zahnärztlichen Ausbildung oder auf Grund eines in der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 2, in § 2 Abs. 1 Satz 6 oder in § 20a genannten zahnärztlichen Ausbildungsnachweises berechtigt sind**, als Dienstleistungserbringer im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages vorübergehend und gelegentlich den zahnärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausüben dürfen.

Wann eine Dienstleistung **vorübergehenden Charakter** hat, regelt § 13a Abs. 1 Satz 2 ZHG: Danach ist der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Erbringung von Dienstleistungen im Einzelfall zu beurteilen, insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit,

Allemagne

der regelmässigen Wiederkehr und der Kontinuität der Dienstleistung zu beurteilen. Eine Berechtigung zur Ausübung der Dienstleistung besteht nicht, wenn die Voraussetzungen einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ruhensanordnung, die sich auf die Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder 3 beziehen, vorliegen, eine entsprechende Massnahme mangels deutscher Berufszulassung jedoch nicht erlassen werden kann

In diesen Fällen unterliegen die Dienstleistungserbringer jedoch einer vorherigen **schriftlichen Meldepflicht und haben bestimmte Unterlagen vorzulegen**. Diese Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend oder gelegentlich Dienstleistungen in Deutschland zu erbringen.

b. Antragsinhalt

Bei der Anzeige oder bei wesentlichen Änderungen gegenüber der in den Dokumenten bescheinigten Situation hat der Dienstleistungserbringer der zuständigen Behörde gem. § 13a Abs. 2 ZHG folgende Dokumente vorzulegen:

1. den Nachweis über seine **Staatsangehörigkeit**,
2. eine Bescheinigung darüber, dass er in einem Mitgliedstaat **rechtmässig** als Zahnarzt niedergelassen ist und dass ihm die Ausübung dieses Berufs zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist, und
3. seinen **Berufsqualifikationsnachweis**.

Vom Dienstleistungserbringer im Sinne des Absatzes 1 können dabei Informationen über Einzelheiten zum Versicherungsschutz oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht verlangt werden. Die für die Ausübung der Dienstleistung erforderlichen Kenntnisse der **deutschen Sprache** müssen vorliegen.

Nach § 13a Abs. 3 ZHG hat der Dienstleistungserbringer beim Erbringen der Dienstleistung im Geltungsbereich dieses Gesetzes **die Rechte und Pflichten eines Zahnarztes**. Er kann den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; so etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

Die nationalen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für jede Dienstleistungserbringung Informationen über die Rechtmässigkeit der Niederlassung, die gute Führung, Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen gegen den Dienstleister, über Rücknahme, Widerruf und Ruhen der Approbation etc. anfordern. Die Informationen sind nach Artikel 56 RiL 2005/36/EG zu übermitteln.

Die zuständige Behörde in Deutschland hat ihrerseits unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsstaates des Dienstleistungserbringers über Sanktionen gegen den Dienstleistungserbringer etc. zu unterrichten und kann hinsichtlich o.g. Umstände Informationen verlangen.

Einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, der im Geltungsbereich dieses Gesetzes den zahnärztlichen Beruf auf Grund einer **Approbation** als Zahnarzt oder einer Erlaubnis zur vor-

Allemagne

übergehenden Ausübung der Zahnheilkunde ausübt, sind gem. § 13a Abs. 4 ZHG auf Antrag für Zwecke der Dienstleistungserbringung in einem **anderen** Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Gemeinschaft oder Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, Bescheinigungen darüber auszustellen, dass er

1. er in Deutschland **rechtmässig** als Zahnarzt **niedergelassen** ist,
2. ihm die Ausübung dieser Tätigkeit zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch **nicht** vorübergehend, **untersagt** ist und
3. den erforderlichen **Berufsqualifikationsnachweis** besitzt.

2. Zuständige Behörden

Die Anzeige nach § 13a Abs. 2 ZHG nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist. Die Unterrichtung des Herkunftsstaates über Sanktionen, gute Führung und weitere o.g. Umstände erfolgt durch die zuständige Behörde des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird oder erbracht worden ist. Die Bescheinigung nach § 13a Abs. 4 ZHG stellt die zuständige Behörde des Landes aus, in dem der Antragsteller den zahnärztlichen Beruf ausübt.

3. Rechtsstellung

Die ausländischen Dienstleistenden haben hinsichtlich der Berufsausübung die **gleichen Rechte und Pflichten** wie die inländischen Berufsangehörigen. Dies regeln Landes-Heilberufesetze wie etwa **das Hessische Heilberufesetz**⁶, das gem. § 3 Abs. 3 Dienstleistungserbringer aus dem Ausland hinsichtlich der Berufsausübung den gleichen Rechten und Pflichten unterwirft, wie die niedergelassenen Berufsangehörigen, so insbesondere den Rechten und Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung, zur Fortbildung, zur Teilnahme am Notfalldienst und zur Dokumentation sowie die Pflicht zur Anerkennung der berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln nach Maßgabe des Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG. Zudem gelten die Berufsordnungen auch für Dienstleistungserbringer.

Ähnliches ergibt sich aus § 2a Abs 4 des **baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes** (HKaG). Danach sind Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung den gleichen Rechten und Pflichten zur Ausübung des Berufs unterworfen wie die Berufsangehörigen die der Kammer zugehören, so insbesondere den Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtsbarkeit nach Maßgabe des Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG.

⁶ Gesetz über die Berufsvertretungen, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in der Fassung vom 7. Februar 2003, zuletzt geändert durch Art. 6 des Hess. G zur Ums. der RL 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt und zur Änd. von Rechtsvorschriften vom 15. 12. 2009 (GVBl. I S. 716).

Allemagne

a. Keine Kammermitgliedschaft

Für Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, gilt bei vorübergehender und gelegentlicher Ausübung der Berufstätigkeit nach EG-Recht ohne inländische Niederlassung **keine Kammermitgliedschaftspflicht**, solange diese in einem anderen europäischen Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Der Zusammenschluss niedergelassener Ärzte zur gemeinsamen ambulanten Leistungserbringung ist möglich. Die gebräuchlichste Struktur für die gemeinsame ärztliche Berufsausübung ist die **Gemeinschaftspraxis** (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Zudem steht die Möglichkeit der Partnerschaftsgesellschaft zur Verfügung. Kapitalgesellschaften haben sich nicht durchsetzen können, auch aus berufsrechtlichen Gründen. Hier finden sich teils ausdrückliche Einschränkungen in den Landes-Heilberufegesetzen, so etwa in Art. 18 Satz 2 des **Bayerischen** Heilberufe-Kammergesetzes, nach welchem die Führung einer ärztlichen Praxis in der Rechtsform einer **juristischen Person des privaten Rechts nicht statthaft ist**.

Die Rechtsprechung und Gesetzgebung zeigt jedoch eine Tendenz zur Zulassung der Zahnärzte-GmbH. Der Bundesgerichtshof hatte die Rechtmäßigkeit einer Zahnärzte-GmbH bereits 1993 bejaht (BGHZ 124, 224 ff) und festgestellt, dass § 1 ZHG ambulante Zahnbehandlungen als eigene vertragliche Leistung einer Zahnärzte-GmbH nicht verbietet. Diese Gesellschaftsform bringt jedoch nicht die Haftungsentlastung, die sie vermuten lässt, denn die Begrenzung des haftungsrechtlichen Risikos nach den §§ 1, 13 GmbHG, die die GmbH ausmacht, greift bei Ärzten nur beschränkt, da diese für Behandlungsfehler und Verletzung von Aufklärungspflichten gleichwohl über die deliktische Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB mit ihrem Privatvermögen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld haften.

Eine spürbare Haftungsreduzierung des Arzthaftungsrechts wird durch die Gründung einer Arzt-GmbH nicht erreicht. Die vertragliche Haftungsentlastung hilft nur bei Verträgen mit Herstellern teurer Instrumente und Apparate und im Hinblick auf das Personal. In der Praxis werden sich die Hersteller von Apparaturen jedoch bei Verträgen mit einer GmbH anderweitig absichern wollen.

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Dentists Act 1984, 1984 c. 24⁷

The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006 (No. 1668)

2. Jurisprudence

Recently, the **General Dental Council** (the “**GDC**”), successfully prosecuted Mr Andrew White of Aspire Dental Laboratories Limited, Bakewell, for **three counts of illegally practising dentistry**. Mr White pleaded guilty to the three offences at Chesterfield Magistrates Court on 8 August 2007. Mr White was **not registered with the GDC** and was fined **£2,250**.⁸

In *Commission of the European Communities v. United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland*, [2005] ECJ C-505/04 (20 October 2005), the Court of Justice of the European Communities (Sixth Chamber) declared that, by failing to adopt, so far as **Gibraltar** was concerned, the laws, regulations and administrative provisions necessary to comply with Directive **2001/19/EC** of the European Parliament and of the Council of 14 May 2001 amending Council Directives 89/48/EEC and 92/51/EEC on the general system for the recognition of professional qualifications and Council Directives 77/452/EEC, 77/453/EEC, 78/686/EEC, 78/687/EEC, 78/1026/EEC, 78/1027/EEC, 80/154/EEC, 80/155/EEC, 85/384/EEC, 85/432/EEC, 85/433/EEC and 93/16/EEC concerning the professions of nurse responsible for general care, dental practitioner, veterinary surgeon, midwife, architect, pharmacist and doctor, the **United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland had failed to fulfil its obligations under that directive**.

3. Interrelation avec le droit européen⁹

3.1 Basic acts

Council Directive (EEC) 78 / 686 concerning the mutual recognition of diplomas, certificates and other evidence of the formal qualifications of practitioners of dentistry, including measures to facilitate the effective exercise of the right of establishment and freedom to provide services, which was repealed by European Parliament and **Council Directive 2005 / 36 (EC)**, was implemented in England and Wales by **SI 1986 / 23 Medical and Dental Qualifi-**

⁷ As amended by *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 2005 Transitional Provisions Order of Council 2006* (No. 1671), *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 2005* (No. 2011), *The Dentists Act 1984 (Dental Auxiliaries) Order 2002* (No. 1399), *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 2001* (No. 3926), *The Dentists Act 1984 (Amendment) Order 1998* (No. 1546), *The National Health Service (Dentists' Remuneration-Special Arrangement) Order 1991* (No. 580), *The Dentists Act 1984 (Dental Auxiliaries) Amendment Order 1991* (No. 1705).

⁸ This case has not yet been cited.

⁹ See Halsbury's Statutory Instruments, EC Legislation Implementator 2007: The Guide to the implementation of Community directives (London: LexisNexis Butterworths, 2007). See also attached document, which provides guidance from the General Dental Council regarding the European Parliament Directive 2004/38/EC.

cations (EEC Recognition – Spain and Portugal) Order 1986 and SI 1998 / 811 European Primary and Specialist Dental Qualifications Regulations 1998.

Council Directive EC 78 / 687 concerning the co-ordination of provisions laid down by law, regulation or administrative action in respect of the activities of dental practitioners which was repealed by European Parliament and Council Directive 2005 / 36 (EC) was implemented in England and Wales by **SI 1996 / 1496 Dental Qualifications (Recognition) Regulations 1996** and by **SI 1998 / 811 European Primary and Specialist Dental Qualifications Regulations 1998.**

3.2. Amendments

2001 / 19 European Parliament and Council Directive (EC) OJ L206 31.07.01 p. 1 amending 77 / 452, 77 / 456, 76 / 686, 76 / 787, 78 / 1026, 78 / 1027, 80 / 154, 80 / 155, 85 / 384, 85 / 432, 85 / 433, 89 / 48, 92 / 52, 93 / 16

- Date of Transposition **31.12.02** (art. 16)
- Implemented in England and Wales by
 - (i) **SI 2002 / 2934 European Communities (Recognition of Professional Qualifications (Second General System) Regulations 2002**
 - (ii) **SI 2003 / 3148 European Qualifications (Health Care Professions) Regulations 2003**
 - (iii) **SI 2005 / 18 European Communities (Recognition of Professional Qualifications (First General System) Regulations 2005**

89 / 594 Council Directive (EEC) OJ L341 23.11.89 p. 19 amending 75 / 362, 75 / 363, 77 / 452, 78 / 686, 78 / 1026, 78 / 1027, 80 / 154, 80 / 155

- Date of Transposition 08.05.91 (art. 28)
- Implemented in England and Wales by
 - (i) **SI 1996 / 1496 Dental Qualifications (Recognition) Regulations 1996**

81 / 1057 Council Directive (EEC) OJ L385 31.12.81 p. 25 supplementing 75 / 362, 77 / 452, 78 / 686, 78 / 1026

- Date of Transposition 30.06.82 (art. 2)
- Implemented in England and Wales by
 - (i) **SI 1986 / 23 Medical and Dental Qualifications (EEC Recognition – Spain and Portugal) Order 1986**

The **Department for Innovation, Universities and Skills (DIUS)** leads overall on implementation of Directive 2005/36/EC in the UK. Their *European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations 2007 (SI 2781 of 2007* – referred to as the “*DIUS regulations*”) – apply to all **general systems professions**. Some of these provisions also apply to the **five health professions** covered by existing “sectoral” Directives (doctors, dentists, nurses responsible for general care, midwives, pharmacists – referred to as “sectoral” professions). DIUS have provided **separate guidance on their regulations**¹⁰, The Department of Health has transposed measures relating to the five sectoral health professions named above in the *European Qualifications (Health and Social Care Professions) Regulations 2007 (SI 2007/3101)*, which complement and should be considered alongside the DIUS Regulations.

¹⁰ See <<http://www.dius.gov.uk/>>.

Directive 2005/36/EC aims to make it easier for qualified professionals to practise their professions across European borders with a **minimum of restrictions**, but with **appropriate safeguards** where there is a risk to public health and safety. It provides for the mutual recognition of diplomas etc. in order to assist the free movement of professionals throughout the EU. It does this by **repealing the existing “sectoral” Directives** setting out the current mutual recognition arrangements for doctors, dentists, nurses, midwives and pharmacists; **repealing the existing “general systems” Directives** which cover current mutual recognition arrangements for everyone else; replacing them with a single consolidated piece of legislation, most of which varies little from the current Directives; and introducing new arrangements for migrants who only want to provide services on a “temporary and occasional” basis.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

By law, **all dentists have to register with the GDC in order to work in the UK**. Recognition of professional qualifications depends on the **potential registrant's nationality and educational background**. Potential registrants of any nationality, who graduated from a dental school in the UK, **and potential registrants who are EU or Swiss nationals**, who graduated from a dental school in an EEA country, **must generally satisfy the same conditions in order to ensure that their professional qualifications are recognised in the UK. These conditions include the completion of an application and the payment of a registration fee.**

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

The application form for potential registrants **must** include the following: **registration details** that will appear on the Dentists Register if the application is successful; a **health certificate**, completed by a registered medical practitioner who is not a member of the potential registrant's family; and a **character declaration** from the head of the dental school from which the potential registrant graduated or another professional such as a doctor, dentist or lawyer who has known the potential registrant for over one year and who is not a member of the potential registrant's family.

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for registration in the UK is the **GDC**.

4. Procédure

The potential registrant must submit a **completed application form, certified copies of passports, diplomas / degrees in dentistry and certificates of good standing**. Where such documents are in a language other than English, they must be accompanied by **certified English translations**. Additionally, the potential registrant must pay **registration fees**, the amount of which depends on the **month** of the application and on whether an annual retention fee applies. The registration fees are as follows for **2008**: January - £438, February - £401.50, March - £365, April - £328.50, May - £292, June - £255.50, July - £219, August - £182.50, September - £146, October - £109.50, November - £73, and December - £36.50.

5. Délais

The processing time for applications is approximately **4 to 6 weeks**.

6. Décision et possibilité de recours

Once the potential registrant's application has been processed, the GDC will **register** him or her. Registered details, including name, registered address and qualification(s) will then be **publicly available** and included on the GDC's **online register**.

A potential registrant who graduated from a dental school in the UK or EEA, but whose application is **unsuccessful** may **appeal** pursuant to *The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006* (No. 1668). The right of appeal lies to a panel of **three**, the chairman of which must be a **lawyer** holding a 10-year general qualification and the two other members must be **registered dentists**. Determinations made pursuant to *The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006*, (No. 1668) can be appealed to the Director of Appeals to set aside a determination and if necessary, a **civil suit** may also be brought against the GDC.¹¹

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Dentists with **temporary registration** can only practise under the **supervision of a registered named consultant**. Temporary registration is granted for a minimum of **84 days** and a maximum of **365 days** at a time. Temporary registration may be **renewed**, by means of applying for up to a maximum of 1826 days (5 years).

A dentist with temporary registration is **registered under specific restrictions**. These restrictions allow dentists to hold **valid registration** only for **specific posts** and in the **hospital(s) or institution(s)** listed in the direction and **for a specified time**. If a dentist would like to continue in a post after the end of a direction, he or she needs to make an application to the GDC for renewal.

A direction is a type of registration a dentist with **temporary registration holds**. Directions are granted on the basis of the **confirmation** by medical staffing certifying that the applicant is competent to practise in the specific approved post offered during the relevant direction dates and the confirmation by a supervising consultant certifying that there will be a **registered dentist on the premises** able to give **adequate supervision** in the hospital(s) or institution(s) at all times when the dentist is **practising during the relevant direction dates**.

¹¹ See for example *Lynch v. General Dental Council*, [2003] EWHC 2987 (Admin), which dealt with the right of appeal against a refusal of an application for registration as a "Specialist in Orthodontics". The appellant in that case had qualified as a dental practitioner in Australia and had not provided sufficient evidence of his expertise in orthodontics in the application, which he made to the GDC for recognition as a "Specialist in Orthodontics". After a discussion of the implications of recognition as a specialist in orthodontics in the EEA, as well as a brief discussion of the relevant EEA directive which specifies how that status can be achieved, the High Court of Justice found that the appellant was entitled to another opportunity to persuade an appeal panel of his expertise in orthodontics.

Angleterre

Temporary registration is granted for **approved posts** in National Health Service hospitals, **dental schools** and **other approved institutions**. It is not currently granted for work in general or private practice, or in the community dental services.

The Council made a **policy decision in 2006**, approving **Dental Attachment** posts in the Primary Care Setting (i.e. Dental practices). To be eligible for these posts, potential registrants must have passed **an examination**, the **Overseas Registration Examination (“ORE”)**, and have an examination date or be on a waiting list for part C of the ORE. It was approved that up to **25 posts** be available for Temporary Registration each year.

2. Demande et son contenu

The application form for temporary registration must include **supporting documents: certified copies of** passports, **qualifying** dental degrees or diplomas, and an **original** certificate of good standing from the dental authority of the country in which the potential registrant was last working as a dentist.

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for temporary registration as a dentist in the United Kingdom is the **GDC**.

4. Procédure

Once the potential registrant has an offer of employment for an **approved post** in the UK, he or she must contact the GDC to confirm the **title** and **institution** of the post, as well as to request an **application form**. Along with the application form, the potential registrant must pay an application fee of **£438** as of 2008.

5. Délais

The processing time for applications is approximately **4-6 weeks**.

6. Décision et possibilité de recours

Once the potential registrant's application has been processed, the GDC will **register** him or her, and registered details, including name, registered address and qualification(s) will be **publicly available** and included on the GDC's **online register**. A potential registrant whose application is unsuccessful may **appeal** pursuant to *The General Dental Council (Registration Appeals) Rules Order of Council 2006*, (No. 1668).

7. Effets de l'autorisation

Temporary registration allows dentists who are not eligible for full registration to practise dentistry in the UK **in supervised posts for training, teaching, or research purposes only, and for a limited period**. Posts approved for temporary registration by the GDC allow dentists to work in **dental schools or hospitals** and, in a limited number of cases, in **primary care dental settings**. Apart from these approved settings, temporary registration will **not allow dentists to work in general or private practice**, or in the community dental services.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

Dental Bodies Corporate (DBC)

The GDC is **not** a licensing body and a corporate body does not require the GDC's approval to set itself up as a **Dental Bodies Corporate (DBC)**. However, in autumn 2007 the GDC will be establishing a **list of all corporate bodies** carrying on the business of dentistry under the provisions of the amended Dentists Act.

Once the new list has been established, the **Council's Professional Conduct Committee (PCC)** will have the power to impose a **financial penalty** of up to £5000 on a corporate body for failing to provide **required information** in its annual return or **failing to pay certain fees**. In these cases, the PCC will also have the power to impose a financial penalty of up to £1000 on **individual directors**, unless they can show that they had taken all reasonable steps to ensure that the company complied with these requirements. Directors and companies ordered to pay a penalty by the PCC will have the **right to appeal to the Court** against that penalty.

An Order to amend the **Dentists Act (1984)** was made in **July 2005** which removed **key restrictions on DBCs**. **Any corporate body can now carry out the business of dentistry provided that it can satisfy the requirements in relation to directors of bodies corporate set out in section 43 of the Dentists Act**. The requirements are:

“1. A majority of the directors of a DBC **must be registered dentists or registered Dental Care Professionals (DCPs)**, or a combination of dentists and DCPs; and

2. A person whose name is currently erased or suspended from one of the specified statutory registers will be committing an offence punishable by a fine not exceeding level 5 on the standard scale set in UK law¹² if he/she is the director of a DBC. The **specified statutory registers** are kept by: The General Chiropractic Council; The General Dental Council (etc.)”.

Corporate bodies starting the business of dentistry after the GDC has set up its list will need to provide **certain information** to the GDC **within 3 months** of starting the business of dentistry. Subsequently, all corporate bodies carrying on the business of dentistry must make an **annual declaration** to the GDC. The information to be provided to the GDC will be in accordance with section 43 of the Dentists Act above.

If a corporate body intends to use a **business name** which includes the word 'dental' or 'dentistry', the corporate body must first obtain a **letter of non-objection** from the GDC because these two names are restricted under *The Building Societies (Business Names) Regulations 1998*, (No. 3186).

Indemnity Insurance

All GDC registrants are required to make sure there are adequate and appropriate arrangements in place so that patients can claim any compensation they may be entitled to. The only appropriate arrangements recognised by the GDC are: dental defence organisation membership, i.e. Dental Protection, Dental Defence Union and the Medical and Dental Defence Union of Scotland; professional indemnity insurance held by the dentist or his or her employer; or NHS indemnity.

¹² Level 5 on the standard scale in UK law corresponds to a fine of £5,000: See Ashworth et al., *Criminal Justice Act 1991 Legal Points: Commentary & Annotated Guide for Practitioners* (Winchester: Waterside Press, 1992).

Angleterre

If all of the work that a dentist does, which could lead to claims against the dentist, is carried out by the dentist in a wholly employed context, and the employer has made arrangements which cover fully the litigation risks, there is no GDC rule that says the dentist must have his or her own policy and/or defence organisation membership. However, the GDC would find it unacceptable for a registrant in this situation to rely on unfounded assumptions about the employer's insurance coverage.

Relationship with National Health Service (NHS)

The NHS is divided into two sections: primary and secondary care. Primary care is generally regarded as a "frontline" service. It is the first point of contact for most people and is delivered by a wide range of independent contractors such as dentists. Primary Care Trusts (PCTs) are in charge of primary care and have a major role around commissioning secondary care, providing community care services. The PCTs oversee 18,000 NHS dentists.

An NHS dentist is a dentist who has agreed with their local PCT to provide NHS dental services for the local community. Most dentists that worked for the NHS prior to 1 April 2006 are continuing to provide NHS dental services. However since April 2006 some have decided to either change the amount of NHS dentistry they provide, or to stop providing NHS dentistry altogether.

All necessary care and treatment, including dentures is available on the NHS. Treatment that is purely cosmetic (for example, tooth whitening, large white fillings or white crowns on back teeth) can be done privately. A dentist may provide a mixture of NHS and private care. The NHS services that the dentist provides depends on local needs and the contract the dentist signs with the patient's primary care trust.

III. OBSTACLES

- **Fees**
- **Mandatory insurance** for all dentists registered in the UK
- Requirement that **Certified English translations** of diplomas / degrees and certificates of good standing be provided where originals in a language other than English

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- EG-Vertrag in der Form des Vertrages von Lissabon.
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681).

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

2. Österreichisches Recht

a. Gesetze

- Bundesgesetz über die Ausübung des zahnärztlichen Berufes und des Dentisten-Berufs ([Zahnärztegesetz](#) – ZÄG) (BGBl. I NR. 126/2005, letzte Änderung BGBl. I 102/2008). Die aus der Sicht der Befähigungsnachweise, der Dienst- und Niederlassungsfreiheit relevanten Bestimmungen wurden durch das BGBl. I 57/2008 vom 9.4.2008 eingefügt. Wichtige Bestimmungen finden sich im Zahnärztegesetz in § 2 Abs. 2 (Umsetzung Abkommen zur Freizügigkeit), § 9 (Qualifikationsnachweise EWR) und § 31 (vorübergehende Dienstleistung im Ausland).
- **Bundesgesetz über die Standesvertretung der Angehörigen des zahnärztlichen Berufes und des Dentistenberufs** ([Zahnärztekammergesetz](#) – ZÄKG) (BGBl. I Nr. 154/2005, bislang letzte Änderung BGBl. I 57/ 2008). Durch das BGBl 57/2008 wurden auch die EWR-rechtlich relevanten Gesetzesänderungen im Zahnärztekammergesetz eingeführt (siehe oben zum Zahnärztegesetz). Die relevanten Normen sind § 7 (Amtshilfe) und § 20 (Wirkungsbereich).

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das österreichische ZÄG setzt laut seinem § 2 unter anderem folgende europarechtlichen Normen um:

1. die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. Nr. L 255 vom 30.09.2005 S. 22, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/100/EG zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Freizügigkeit anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens, ABl. Nr. L 363 vom 20.12.2006 S. 141;

Auriche

2. das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** andererseits über die Freizügigkeit, ABl. Nr. L 114 vom 30.04.2002 S. 6, BGBl. III Nr. 133/2002, in der Fassung des Protokolls im Hinblick auf die Aufnahme der Tschechischen Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und Slowakei als Vertragsparteien infolge ihres Beitritts zur Europäischen Union, ABl. Nr. L 89 vom 28.03.2006 S. 30, BGBl. III Nr. 162/2006;
3. die Richtlinie 2003/109/EG betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, ABl. Nr. L 16 vom 23.01.2004 S. 44;
4. die Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG und 93/96/EWG, ABl. Nr. L 158 vom 30.04.2004 S. 77, in der berichtigten Fassung, ABl. Nr. L 229 vom 29.06.2004 S. 35;

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht das Freizügigkeitsabkommen ein.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Zahnarzt

Der zahnärztliche Beruf darf in Österreich nur nach Maßgabe des Zahnärztegesetzes (ZÄG) ausgeübt werden. Für die Niederlassung ausländischer Staatsangehöriger als Zahnarzt in Österreich gelten die Bestimmungen der §§ 5 bis 9 ZÄG.

1. Titel

Gem. § 5. Abs. 1 ZÄG haben die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs berechtigten Personen die Berufsbezeichnung "Zahnarzt"/"Zahnärztin" zu führen. Gem. § 5 Abs. 2 ZÄG dürfen Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die zur selbständigen Ausübung des zahnärztlichen Berufs oder zur Erbringung von zahnärztlichen Dienstleistungen berechtigt sind, die in ihrem Heimat- bzw. Herkunftsstaat rechtmäßige Ausbildungsbezeichnung und deren Abkürzung in der jeweiligen Sprache dieses Staates führen, müssen aber neben diesem Name und Ort der Ausbildungsstätte führen, die diese Ausbildungsbezeichnung verliehen hat. Die Bezeichnung darf nicht mit einer Bezeichnung verwechselt werden, die in Österreich eine zusätzliche Ausbildung voraussetzt, wenn diese von der betreffenden Person nicht erworben wurde. Der Berufsbezeichnung und Ausbildungsbezeichnung dürfen nur im In- und Ausland erworbene oder verliehene Titel und Würden, Diplome über die erfolgreiche Absolvierung einer fachlichen Fort- oder Weiterbildung, die von der Österreichischen Zahnärztekammer verliehen oder anerkannt wurden, und Zusätze hinzugefügt werden, die auf die gegenwärtige Verwendung hinweisen. Sofern Zusätze zur Verwechslung mit inländischen Amts- oder Berufstiteln geeignet sind, dürfen sie nur mit Bewilligung des zuständigen Ministeriums oder in der von diesem festgelegten Form geführt werden.

Zahnärzte, die mit der dauernden Leitung eines im Rahmen einer Krankenanstalt geführten Instituts oder eines selbständigen Ambulatoriums betraut sind und denen mindestens fünf zur selbständigen Berufsausübung berechnete hauptberuflich tätige Angehörige des zahn-

Atriche

ärztlichen Berufs unterstellt sind, ist die Berechtigung zur Führung des Berufstitels "Primarius" / "Primaria" zu verleihen.

Die Führung anderer als der gesetzlich zugelassenen Berufsbezeichnungen, einer Bezeichnung oder eines Titels gemäß Abs. 1 bis 4 durch hierzu nicht berechtigte Personen oder anderer verwechslungsfähiger Bezeichnungen oder Titel, die geeignet sind, die Berechtigung zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs oder einzelner zahnärztlicher Tätigkeiten vorzutäuschen, durch hierzu nicht berechtigte Personen ist verboten.

2. Antrag und Antragsinhalt

Gem. § 6 Abs. 1 ZÄG sind zur selbständigen Ausübung des zahnärztlichen Berufs diejenigen Personen berechtigt, die die in § 6 Abs. 1 ZÄG genannten **Erfordernisse** erfüllen.

1. Der Zahnarzt hat über die **Eigenberechtigung** zu verfügen.
2. Er muss über die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs erforderliche **Vertrauenswürdigkeit** verfügen.
3. Weiter muss er die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs erforderliche **gesundheitliche Eignung** aufweisen.
4. Er muss die zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs erforderlichen **Kenntnisse der deutschen Sprache** nachweisen können.
5. Ferner muss er einen **Qualifikationsnachweis gemäss §§ 7 ff.** erbringen.
6. Er muss zudem in die **Zahnärzteliste** eingetragen sein.

Die entsprechenden Nachweise der einzelnen Eintragungsvoraussetzungen sind bei Eintragung in die Zahnärzteliste (Nr. 6) in deutscher Sprache vorzulegen. Die zahnärztliche Tätigkeit darf erst nach Erhalt der Bestätigung über die Eintragung in die Zahnärzteliste aufgenommen werden.

Zu den einzelnen Punkten ist insbesondere Nachfolgendes zu präzisieren:

a) Vertrauenswürdigkeit, § 6 Abs. 1 Nr. 2 ZÄG

Die **Vertrauenswürdigkeit** gem. § 6 Abs. 2 ZÄG liegt jedenfalls in folgenden zwei Fällen nicht vor: einmal bei Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen, solange die Verurteilung nicht getilgt ist, und zweitens wenn nach der Eigenart der strafbaren Handlung und nach der Persönlichkeit des Verurteilten die Begehung der gleichen oder einer ähnlichen strafbaren Handlung bei Ausübung des zahnärztlichen Berufs zu befürchten ist.

Dies ist durch eine **Strafregisterbescheinigung** oder einen vergleichbaren Nachweis des Heimat- oder Herkunftsstaats und sofern dies die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Heimat- oder Herkunftsstaats vorsehen, eine Disziplinarstrafregisterbescheinigung oder ein vergleichbares Dokument nachzuweisen, die zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Eintragung nicht älter als drei Monate sein dürfen.

Hat die Österreichische Zahnärztekammer von einem Sachverhalt Kenntnis, der außerhalb des Bundesgebiets eingetreten ist und geeignet sein könnte, Zweifel im Hinblick auf die Vertrauenswürdigkeit des Eintragungswerbers zu begründen, so kann sie die zuständige Stelle dieses Staats davon unterrichten und sie ersuchen, den Sachverhalt zu prüfen und ihr innerhalb von drei Monaten mitzuteilen, ob wegen dieses Sachverhalts gegen die betreffende Person in diesem Staat ermittelt wird, ein disziplinarrechtliches, verwaltungsstrafrechtliches

Autriche

oder strafrechtliches Verfahren anhängig ist oder eine disziplinarrechtliche, verwaltungsstrafrechtliche oder strafrechtliche Maßnahme verhängt wurde.

b) **Gesundheitliche Eignung § 6 Abs. 1 Nr. 3 ZÄG**

Zum Nachweis der gesundheitlichen Eignung ist ein **ärztliches Zeugnis** vorzulegen, das zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Eintragung nicht älter als drei Monate sein darf.

c) **Qualifikationsnachweis, § 6 Abs. 1 Nr. 5 ZÄG**

Als **Qualifikationsnachweis** für die Ausübung des zahnärztlichen Berufs im Sinn des **§ 7 Abs. 1 ZÄG** gelten

1. ein an einer Medizinischen Universität oder der Medizinischen Fakultät einer Universität in der Republik Österreich erworbenes Doktorat der Zahnheilkunde, wobei hier gem. § 8 im Ausland erworbene zahnmedizinische Doktorate von **Professoren bzw. Professorinnen die** aus dem Ausland an eine Medizinische Universität in der Republik Österreich berufen wurden und die Lehrbefugnis als Universitätsprofessoren/Universitätsprofessorinnen erworben haben, als in Österreich nostrifizierte Doktorate der Zahnheilkunde gelten.
2. ein in einem EWR-Vertragsstaat **oder in der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbener zahnärztlicher Qualifikationsnachweis gemäss § 9.**

Hinsichtlich der **Qualifikationsnachweise gem. § 9**, verweist § 9 Abs. 1 ZÄG der für Angehörige eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft gilt, auf eine Reihe verschiedener Titel, die als zahnärztliche Qualifikationsnachweise nach den Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG anzuerkennen sind. Dieser Verweis auf die Vorgaben der Richtlinie führt zu einer etwas komplizierten Regelungsstruktur. Vereinfacht ausgedrückt gilt Folgendes:

- aa) Die Grundsätze der **automatischen Anerkennung** gelten unter den nachfolgenden Voraussetzungen, wobei die Richtlinienbestimmungen wie erwähnt noch nicht auf die Schweiz abzielen:
 1. Bestimmte Ausbildungsnachweise sind automatisch von allen Mitgliedsstaaten anzuerkennen (Art. 21 Abs. 1 RiL 2005/36/EG), so die in Anhang V Nummer 5.3.2 RiL 2005/36/EG geführten Titel, die die Mindestanforderungen an die Grundausbildung zum Zahnarzt nach den Art. 34 ff RiL 2005/36/EG erfüllen. Hier handelt es sich allerdings um Titel, der EU-Mitgliedsstaaten, die Schweizer Titel sind hier in Ermangelung der Aufnahme der Richtlinie in Anhang III der Bilateralen Verträge noch nicht berücksichtigt; künftig wird dies auch für die Schweiz gelten.
 2. Anerkannt werden auch zahnärztliche Ausbildungsnachweise einschliesslich einer Bescheinigung gemäss Artikel 23 Abs. 1, 2, 4, 5 oder 6 der Richtlinie 2005/36/EG; Gem. Art. 23 werden unbeschadet der spezifischen erworbenen Rechte bei Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten (bzw. künftig der Schweiz) die Ausbildungsnachweise als ausreichend anerkannt, die die Aufnahme des Berufes des Zahnarztes und des Fachzahnarztes im Ursprungsstaat gestatten, auch wenn diese Ausbildungsnachweise nicht alle Anforderungen an die Ausbildung nach den Art. 34 und 35 RiL 2005/36 erfüllen, sofern diese Nachweise den Abschluss einer Ausbildung belegen, die vor dem für das jeweilige Land in Anhang V Nummer 5.3.2. aufgeführten Stichtag begonnen wurde, und sofern ihnen eine Bescheinigung darüber beigefügt ist, dass der Inhaber während der letzten **fünf Jahre** vor Ausstellung der Bescheinigung mindestens drei Jahre lang ununterbrochen tatsächlich und rechtmässig die betreffenden Tätigkeiten ausgeübt hat. Die Schweiz wird jedoch noch nicht in Anhang V unter 5.3.2. geführt. Zudem erkennt jeder EU-Staat für Zahnärzte Ausbildungsnachweise

Autriche

als ausreichend an, auch wenn sie den in Anhang V Nummern 5.3.2., 5.3.3. aufgeführten Bezeichnungen nicht entsprechen, wenn ihnen eine von den zuständigen Behörden oder Stellen ausgestellte Bescheinigung beigelegt ist. Diese Bescheinigung gilt als Nachweis, dass diese Ausbildungsnachweise den erforderlichen Abschluss einer Ausbildung bescheinigen, die den in den Art. 34, 35 RiL 2005/36 genannten Bestimmungen entspricht, und dass sie von dem Mitgliedstaat, der sie ausgestellt hat, den Ausbildungsnachweisen gleichgestellt werden, deren Bezeichnungen in Anhang V Nr. 5.3.2., 5.3.3. aufgeführt sind.

3. Die Anerkennung erfolgt auch hinsichtlich der Ausbildungsnachweise der Zahnärzte einschliesslich einer Bescheinigung gemäss Artikel 37 Abs. 1 oder 2 der Richtlinie 2005/36/EG, der **erworbene Rechte** von Zahnärzten sichert. Hier handelt es sich allerdings um bestimmte Nachweise bestimmter Mitgliedsstaaten, die bei entsprechender Berufsausübungsdauer zu einer Anerkennung führen und für die Tätigkeit von Schweizern im EU Ausland nicht relevant sind.
- bb) Andere Ausbildungsnachweise als die Genannten fallen unter die **Allgemeine Anerkennungsregelung** der Art. 11 ff RiL 2006/25/EG, die momentan auch für Schweizer Staatsangehörige gilt:
 1. Für Ausbildungsnachweise der Zahnärzte, die gem. **Artikel 10 lit. b** der Richtlinie 2005/36/EG **nicht** unter die genannten Bestimmungen über die automatische Anerkennung fallen oder die aus besonderen und außergewöhnlichen Gründen die Voraussetzungen hierfür nicht erfüllen, gelten, wenn etwa die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmässigen Berufspraxis gemäss Art. 37 nicht erfüllt sind, die **allgemeinen Regelungen über die Anerkennung von Ausbildungsnachweisen**. Hierzu erfolgt eine Gleichwertigkeitsprüfung der Ausbildungsnachweise (Art. 12 der RiL 2005/36/EG) und die Anerkennung ist dann gem. Art. 13 an folgende Bedingungen geknüpft: Bei reglementierten Berufen berechtigen in einem anderen Mitgliedstaat erworbene Berufsqualifikationen zur Aufnahme und Ausübung dieses Berufs unter denselben Voraussetzungen wie bei Inländern. Die Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise müssen allerdings in einem Mitgliedstaat von der dort zuständigen Behörde ausgestellt worden sein und bescheinigen, dass das Berufsqualifikationsniveau des Inhabers zumindest unmittelbar unter dem Niveau (vgl. auch Art. 11 RiL 2006/35/EG) liegt, das der Aufnahmemitgliedstaat fordert. Die Aufnahme und die Ausübung eines in einem Mitgliedstaat reglementierten Berufs müssen ebenfalls gestattet werden, wenn dieser Beruf vollzeitlich **zwei Jahre** lang in den vorhergehenden zehn Jahren in einem anderen Mitgliedstaat, der diesen Beruf nicht reglementiert, ausgeübt hat, sofern er jedoch im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise ist, die die genannten Voraussetzungen erfüllen und bescheinigen, dass der Inhaber auf die Ausübung des betreffenden Berufs vorbereitet wurde. Eine Ausnahme von der zweijährigen Berufserfahrung gilt nach Massgabe des Art. 13 Abs. 2 Unterabsatz 3 RiL 2005/36/EG.
 2. Gem. Artikel 10 lit. g RiL 2005/36/EG gelten Ausbildungsnachweise der Zahnärzte einschliesslich einer Bescheinigung gemäss Art. 3 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG für Migranten aus Drittländern, die gem. Art. 3 Abs. 3 erfüllen. Danach ist jeder in einem Drittland ausgestellte Ausbildungsnachweis, einem inländischen gleichgestellt sofern sein Inhaber in dem betreffenden Beruf drei Jahre Berufserfahrung im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der diesen Ausbildungsnachweis nach Art. 2 Abs. 2 RiL 2005/36/EG anerkannt hat, besitzt und dieser Mitgliedstaat diese Berufserfahrung bescheinigt.

Gemäss Art. 9 Abs. 2 sind Personen, die nicht Staatsangehörige eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind (Drittstaatsangehörige) und über einen Aufenthaltstitel mit einem Recht auf Niederlassung gemäss §§ 45 bzw. 49 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG), BGBl. I Nr. 100/2005, verfügen oder als Angehörige von frei-

Autriche

zünftigkeitsberechtigten Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder von Österreichern/Österreicherinnen zum Aufenthalt berechtigt sind und über eine Daueraufenthaltskarte gemäß § 54 NAG verfügen, Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Bezug auf die Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG gleichgestellt.

Die bisherigen Regelungen über Drittlanddiplome in § 10 ZÄG, der auch für die Angehörigen der Schweizerischen Eidgenossenschaft galt, entfällt in der Zahnärztegesetz- Novelle.¹³

3. Eintragung in die Zahnärzteliste

a) Eintragungsvoraussetzungen

Gem. § 12 ZÄG sind Personen, die den zahnärztlichen Beruf in Österreich auszuüben beabsichtigen und die Erfordernisse gemäß § 6 Abs. 1 Z 1 bis 5 erfüllen, vor Aufnahme ihrer zahnärztlichen Tätigkeit bei der Österreichischen Zahnärztekammer im Wege der örtlich zuständigen Landes Zahnärztekammer mittels eines **Formblatts** und unter eigenhändiger Unterschriftsleistung oder mittels elektronischer Signatur anzumelden und die erforderlichen **Personal-** und **Ausbildungsnachweise** vorzulegen.

Hier sind die o.g. Nachweise der in § 6 genannten Eignungsvoraussetzungen zu erbringen, so insbesondere neben der Vorlage der

- **Befähigungsnachweise** die Vorlage einer
- **Strafregisterbescheinigung** und sofern vorgesehen eine Disziplinarstrafregisterbescheinigung oder ein vergleichbarer Nachweis , jeweils nicht älter als drei Monate und eines
- **ärztlichen Zeugnisses**, nicht älter als drei Monate

4. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

Relevante Bestimmungen sind die §§ 11 Abs. 1, 12 ZÄG und 20, 35 ZÄKG, wonach die Österreichische Zahnärztekammer in Zusammenarbeit mit den Landes Zahnärztekammern die Anmeldungen für die Ausübung des zahnärztlichen Berufs entgegenzunehmen und eine Liste der zur Berufsausübung berechtigten Angehörigen des zahnärztlichen Berufs (Zahnärzteliste) zu führen hat. Bewerber haben sich bei der Österreichischen Zahnärztekammer, allerdings aber im Wege der **örtlich zuständigen Landes Zahnärztekammer** mittels Formblatt anzumelden und dort die erforderlichen Personal- und Ausbildungsnachweise vorzulegen.

¹³ § 10 ZÄG a.F.: Als Qualifikationsnachweise gemäß § 7 Abs. 1 Z 3 [Anm. entfällt ebenfalls] gelten zahnärztliche Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise, die einem/einer Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellt wurden, sofern
1. dieser/diese in einem der übrigen EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur selbständigen Ausübung des zahnärztlichen Berufs berechtigt ist und
2. von der Österreichischen Zahnärztekammer die Gleichwertigkeit der Qualifikation unter Berücksichtigung der im Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbenen zahnärztlichen Berufserfahrung und Ausbildung festgestellt wurde.

Auriche

Die Österreichische Zahnärztekammer hat jede Anmeldung im Prinzip innerhalb eines Monats den Empfang der Unterlagen zu bestätigen und mitzuteilen, welche Unterlagen fehlen, und die Anmeldung ohne unnötigen Aufschub, in Fällen, in denen auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG keine automatische Anerkennung vorgesehen ist (§ 9 Abs. 1 Z 4 und 5) spätestens innerhalb von vier Monaten in allen anderen Fällen spätestens nach vollständiger Vorlage der Unterlagen zu erledigen. Diese Frist wird nur gehemmt, wenn Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Bewerbers bestehen und gem. § 12 Abs. 5 ZÄG um Auskünfte der ersuchten ausländischen Stelle nachgesucht wurde. Die Österreichische Zahnärztekammer hat das Verfahren dann jedoch unverzüglich nach Einlangen der Auskünfte oder, sofern die Auskünfte nicht innerhalb von drei Monaten nach Übermittlung des Ersuchens gemäß Abs. 5 einlangen, unverzüglich nach Ablauf der drei Monate fortzusetzen. Die Österreichische Zahnärztekammer hat den Angehörigen des zahnärztlichen Berufs, die in die Zahnärzteliste eingetragen sind, einen mit ihrem Lichtbild versehenen Berufsausweis (Zahnärzteausweis) auszustellen.

Die Adressen der Landesärztekammern sind die Folgenden:

Landeszahnärztekammer Burgenland

Kohlmarkt 11/6,
1010 Wien
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 7000
office@bgld.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Kärnten

Neuer Platz 7/1
9020 Klagenfurt
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 9020
Fax: +43 (0) 5 05 11 – 9023
office@ktn.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Niederösterreich

Kremser Gasse 20
3100 St. Pölten
Tel: +43 (0) 5 05 11 – 3100
Fax: +43 (0) 5 05 11 - 3109
office@noe.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Oberösterreich

Spittelwiese 8/1
4010 Linz
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 4010
Fax: +43 (0) 5 05 11 - 4010
office@ooe.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Salzburg

Rochusgasse 4
5020 Salzburg
Telefon
Tel: +43-05-0511-5020
Tel: +43-05-0511-5025
office@sbq.zahnaerztekammer.at

Autriche

Landeszahnärztekammer Steiermark

Marburger Kai 51/2 8010 Graz
Tel: +43 (0) 5 05 11 – 8020
Fax: +43 (0) 5 05 11 – 8080
office@stmk.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Tirol

Anichstraße 7/3
6020 Innsbruck
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 6020
Fax: +43 (0) 5 05 11 – 6026
office@tiroler.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Vorarlberg

Schulgasse 19/1
6850 Dornbirn
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 6850
Fax: +43 (0) 5 05 11 - 6854
office@vlbg.zahnaerztekammer.at

Landeszahnärztekammer Wien

Kohlmarkt 11/6
1010 Wien
Tel: +43 (0) 5 05 11 - 1010
Fax: +43 (0) 5 05 11 - 1014
office@wr.zahnaerztekammer.at

Adresse der Österreichischen Zahnärztekammer

Österreichische Zahnärztekammer

Kohlmarkt 11/6
1010 Wien
Tel: ++43 (0) 5 05 11
Fax: ++43 (0) 5 05 11 - 1167
office@zahnaerztekammer.at

5. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Erfüllt die betreffende Person die Erfordernisse gemäß § 12 Abs. 1 und 2 ZÄG nicht, hat die Österreichische Zahnärztekammer die Eintragung in die Zahnärzteliste gem. § 13 ZÄG zu versagen. Gegen Versagungsbescheide der Österreichischen Zahnärztekammer steht die **Berufung** an den Landeshauptmann offen, in dessen Bereich die Anmeldung in die Zahnärzteliste gemäß § 12 Abs. 1 eingebracht wurde.

6. Rechtsstellung

Gem. § 16 unterliegen ausländische Zahnärzte wie die inländischen folgenden Berufspflichten:

Zum einen der **allgemeinen Berufspflicht**, die Patienten ohne Unterschied der Person gewissenhaft zu betreuen und deren Wohl und Schutz nach Maßgabe der zahnmedizinischen

Autriche

schen Wissenschaft und Erfahrung sowie unter Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu wahren.

Weiter unterliegen sie gem. § 17 ZÄG einer **Fortbildungspflicht** und haben sich über die neuesten Entwicklungen und Erkenntnisse der zahnmedizinischen und anderer berufsrelevanter Wissenschaften, insbesondere im Rahmen anerkannter Fortbildungsprogramme der Österreichischen Zahnärztekammer, regelmäßig fortzubilden.

Sie unterliegen gem. § 18 ZÄG der **Aufklärungspflicht** über die Diagnose, den geplanten Behandlungsablauf, die Risiken der zahnärztlichen Behandlung, die Alternativen der bzw. zur zahnärztlichen Behandlung, die Kosten der zahnärztlichen Behandlung sowie den Anteil der Kostentragung durch den Träger der Sozialversicherung bzw. der Krankenfürsorge und die Folgen der zahnärztlichen Behandlung sowie eines Unterbleibens dieser Behandlung. Die Aufklärung über die vom Patienten zu tragenden Kosten hat im Fall von in Art und den Umfang der Behandlung wesentlichen Kosten in Form eines schriftlichen Heil- und Kostenplans zu erfolgen.

Angehörige des zahnärztlichen Berufs sind gem. § 19 ZÄG **dokumentationspflichtig**, Aufzeichnungen über jede zur zahnärztlichen Beratung oder Behandlung übernommene Person zu führen (Anamnese, Diagnose, Aufklärung sowie Dokumentation von Art und Umfang der zahnärztlichen Leistungen einschließlich der Anwendung und Verordnung von Arzneispezialitäten), die mindestens zehn Jahre aufzubewahren sind.

Zudem unterliegen Zahnärzte gem. § 20 ZÄG der **Auskunftspflicht** gegenüber Patienten, deren gesetzlichen Vertretern, Auskunftsberechtigten und anderen Angehörigen der Gesundheitsberufe, die die betroffenen Patienten behandeln, hinsichtlich der für die Behandlung und Pflege erforderlichen Auskünfte.

Sie unterliegen gem. § 21 ZÄG der **Verschwiegenheitspflicht**.

Zudem haben sie gem. § 22 ZÄG **Qualitätssicherungspflichten** und eine umfassende Evaluierung der Qualität durchzuführen und die Ergebnisse der Österreichischen Zahnärztekammer zu übermitteln.

7. Kassenzulassung

Es gibt in Österreich Vertragszahnärzte, die Verträge mit den Gebietskrankenkassen abgeschlossen haben (Kassenzulassung) oder Wahlzahnärzte. Unter letztere fallen alle freiberuflich tätigen Zahnärzte, die mit der Kasse keinen Vertrag über die Sachleistungsverrechnung abgeschlossen haben.

Voraussetzung für eine Invertragnahme bei der Gebietskrankenkasse im Rahmen einer selbständigen Tätigkeit (Kassenplanstelle) ist eine **Bewerbung um eine ausgeschriebene (neue oder bestehende) Stelle (Ordination)**.

Ohne Bewerbung auf eine Ausschreibung kann eine Invertragnahme nicht erfolgen. Bewerber können sich alle Zahnärzte die die jeweilige Berufsberechtigung für die ausgeschriebene Stelle besitzen, egal wo sie momentan tätig sind. Zur ordnungsgemäßen Bewerbung ist es notwendig, das von der jeweiligen Landes Zahnärztekammer vorgesehene Bewerbungsfeld auszufüllen und an die Ärztekammer zu übermitteln.¹⁴

¹⁴ Vgl. etwa für die Zahnärztekammer Wien die Formulare unter:
<http://wr.zahnaerztekammer.at/page.php?katid=323>

Autriche

Die Vergabe erfolgt nach einem Punkteverfahren, das in einer Vereinbarung zwischen Ärztekammer und Gebietskrankenkasse für Fachärzte für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde bzw. Zahnärzte bindend vereinbart wurde.

Nach Einlangen aller Bewerbungsunterlagen werden diese von der Zahnärztekammer geprüft und die Punkte gemäß den Reihungskriterien für Bewerber und Stelle ausgewertet. Die errechneten Punkte werden der Gebietskrankenkasse übermittelt und dann von dieser geprüft und die Reihung der Bewerber aufgestellt.

Es ist damit zu rechnen, dass ungefähr drei bis sechs Wochen nach Ende der Bewerbungsfrist die Veröffentlichung der Ergebnisse des Auswertungsverfahrens vorliegen und dass das gesamte Vergabeverfahren c.a. zwei Quartale dauert.

B. Dienstleistungsfreiheit

Für vorübergehende Tätigkeiten gilt § 31 ZÄG, der durch die Zahnärztegesetz-Novelle ebenfalls Änderungen unterzogen wird. § 31 Abs. 1 sichert den Grundsatz des **Freien Dienstleistungsverkehrs** und gestattet Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die den zahnärztlichen Beruf in einem der übrigen EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft rechtmässig ausüben, von ihrem ausländischen Berufssitz oder Dienstort aus im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs vorübergehend ohne Eintragung in die Zahnärzteliste unter der Berufsbezeichnung gemäß § 5 Abs. 1 („Zahnarzt“/„Zahnärztin“) zahnärztlich tätig zu werden.

Gem. eines neuen § 31 Abs. 2 soll vor der erstmaligen Ausübung einer Tätigkeit im Sinne des Abs. 1, die einen vorübergehenden Aufenthalt im Bundesgebiet erfordert, hat der Dienstleistungserbringer der Österreichischen Zahnärztekammer im Wege der Landes Zahnärztekammer jenes Bundeslandes, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll, schriftlich Meldung zu erstatten. Er hat dabei folgende Unterlagen vorzulegen:

1. Nachweis über die **Staatsangehörigkeit**,
2. **Bescheinigung** der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaats, aus der hervorgeht, dass der Dienstleistungserbringer rechtmässig zur Ausübung des zahnärztlichen Berufs niedergelassen ist und dass ihm die Ausübung des zahnärztlichen Berufs zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist,
3. **Qualifikationsnachweis** gemäß § 9 (vgl. die entsprechenden Erörterungen zur Niederlassungsfreiheit).

Nach einem neuen Abs. 2a soll die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern sein, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend zahnärztliche Dienstleistungen in Österreich zu erbringen. Im Fall einer wesentlichen Änderung gegenüber dem in den vorgelegten Urkunden bescheinigten Sachverhalt sind zudem die entsprechenden Urkunden erneut vorzulegen.

Nach einem neuen Abs. 2b gilt ferner:

Legt ein Dienstleistungserbringer bei der Meldung einen in einem EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft erworbenen zahnärztlichen Ausbildungsnachweis vor, der **nicht alle Anforderungen an die Ausbildung gemäß Artikel 34 RiL 2005/36/EG** erfüllt oder einen ärztlichen Ausbildungsnachweis gemäß Artikel 37 der RiL 2005/36/EG, **ohne die für die automatische Anerkennung erforderliche tatsächliche und rechtmässige selbständige zahnärztliche Berufsausübung nachweisen zu können**

Autriche

(Artikel 10 lit. b der Richtlinie 2005/36/EG), oder einen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellten zahnärztlichen Ausbildungsnachweis einschließlich einer Bescheinigung über eine dreijährige zahnärztliche Berufserfahrung im Hoheitsgebiet jenes EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der diesen Ausbildungsnachweis anerkannt hat (Artikel 10 lit. g in Verbindung mit Artikel 3 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG), kann die Österreichische Zahnärztekammer vor Aufnahme der Tätigkeit im Sinne des Abs. 1 die zahnärztliche Qualifikation des Dienstleistungserbringers **nachprüfen**, um auf Grund dessen mangelnder Berufsqualifikation eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Gesundheit des Dienstleistungsempfängers zu verhindern.

Der neue Abs. 2e legt ferner fest, dass die Erbringung der vorübergehenden Dienstleistung in Fällen des Abs. 2b nach positiver Entscheidung der Österreichischen Zahnärztekammer oder nach Ablauf der in Abs. 2c und 2d angeführten Fristen, oder ansonsten nach vollständiger Meldung gemäß Abs. 2 aufgenommen werden darf.

Gem. Art. 31 Abs. 4 hat bei grenzüberschreitender Dienstleistung von in Österreich eingetragenen und praktizierenden Zahnärzten Schweizer Staatsangehörigkeit oder bei Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats die Österreichische Zahnärztekammer zum Zweck der Dienstleistungserbringung in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf Antrag eine Bescheinigung darüber auszustellen, dass der Betreffende den zahnärztlichen Beruf in Österreich **rechtmäßig** ausübt und den für die Berufsausübung erforderlichen **Qualifikationsnachweis** besitzt. Wird dem Betreffenden die Berechtigung zur Berufsausübung entzogen (§ 45 ZÄG) oder die Berufsausübung untersagt (§§ 46 f ZÄG), ist diese Bescheinigung für die Dauer der Entziehung oder Untersagung einzuziehen.

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Gem. § 31 Abs. 3 ZÄG unterliegen ausländische Dienstleistungserbringer den für Angehörige des zahnärztlichen Berufs, die in die Zahnärzteliste eingetragen sind, geltenden Berufspflichten und Disziplinarvorschriften. Verstößt der Dienstleistungserbringer gegen diese Pflichten, hat die Österreichische Zahnärztekammer dies unverzüglich bei der zuständigen Behörde seines Herkunftsstaats anzuzeigen.

2. Anträge und zuständige Behörden

Vor der erstmaligen Ausübung einer Tätigkeit, ist die **Landeszahnärztekammer** (s.oben) jenes Bundeslandes zu kontaktieren., in dem die Dienstleistung erbracht werden soll.

3. Verfahren, Rechtsmittel

Über die Entscheidung betreffend die **Nachprüfung** der Berufsqualifikation bzw. deren Ergebnis hat, gem. Art. 31 neuer Abs. 2c die Österreichische Zahnärztekammer den Dienstleistungserbringer innerhalb **eines Monats** nach vollständiger Meldung zu unterrichten. Treten Schwierigkeiten auf, die zu einer Verzögerung der Entscheidung führen könnten, ist der Dienstleistungserbringer innerhalb eines Monats über die Gründe der Verzögerung sowie über den Zeitplan der Entscheidung zu unterrichten. Die Entscheidung betreffend die Nachprüfung hat spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Vorlage der vollständigen Unterlagen zu erfolgen. Ergibt die Nachprüfung gemäß dem neuen Abs. 2d, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen der zahnärztlichen Qualifikation des Dienstleistungserbringers und dem österreichischen zahnärztlichen Qualifikationsnachweis besteht, der die Gesundheit des Dienstleistungsempfängers gefährden könnte, hat die Österreichische Zahnärztekammer dem Dienstleistungserbringer innerhalb eines Monats ab

Auriche

Zustellung der Entscheidung die Möglichkeit zu geben, im Rahmen einer Eignungsprüfung die fehlenden Kenntnisse und Fertigkeiten nachzuweisen. Kann der Dienstleistungserbringer die fehlenden Kenntnisse und Fertigkeiten im Rahmen der Eignungsprüfung nicht nachweisen, hat die Österreichische Zahnärztekammer diesem die Ausübung von Tätigkeiten gemäß Abs. 1 zu untersagen. Gegen diese Entscheidung ist **kein ordentliches Rechtsmittel** zulässig.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

1. Ordinations- und Apparategemeinschaften

Gem. § 25 Abs. 1 können freiberuflich tätige Angehörige des zahnärztlichen Berufs untereinander oder mit freiberuflich tätigen Angehörigen anderer Gesundheitsberufe im Sinne des § 24 Abs. 1 bei Wahrung der Eigenverantwortlichkeit jedes Berufsangehörigen zusammenarbeiten und Ordinationsräume (Ordinationsgemeinschaft) oder zahnmedizinische bzw. medizinische Geräte (Apparategemeinschaft) gemeinsam nutzen. Ordinations- und Apparategemeinschaften können auch zwischen freiberuflich tätigen Zahnärzten und einer Gruppenpraxis im Sinne des § 26 begründet werden.

2. Gruppenpraxen

Die Zusammenarbeit von freiberuflich tätigen Zahnärzten kann gem. § 26 ZÄG als selbständig berufsbeauftragte Gruppenpraxis erfolgen, die in der Rechtsform einer Gesellschaft im Sinne des § 105 Unternehmensgesetzbuch (UGB), BGBl. I Nr. 120/2005 zu errichten ist. Eine Gruppenpraxis kann nur einen Berufssitz im Bundesgebiet haben. Jeder Sitz einer Gruppenpraxis ist auch gleichzeitig Berufssitz der an ihr beteiligten Berufsangehörigen. Die Tätigkeit der Gesellschaft muss auf die Ausübung des zahnärztlichen bzw. ärztlichen Berufs einschließlich der erforderlichen Hilfstätigkeiten und die Verwaltung des Gesellschaftervermögens beschränkt sein. Einer Gruppenpraxis dürfen nur zur selbständigen Berufsausübung berechnete Zahnärzte sowie Ärzte als persönlich haftende Gesellschafter angehören. Andere Personen ihr nicht als Gesellschafter angehören und daher nicht am Umsatz oder Gewinn beteiligt sein. In der Firma der Gruppenpraxis sind jedenfalls der Name eines/einer Gesellschafter/Gesellschafterin und die in der Gruppenpraxis vertretenen Berufs- bzw. Fachrichtungen anzuführen. Jeder Gesellschafter ist gem. § 26 Abs. 3 ZÄG allein zur Geschäftsführung und Vertretung befugt. Eine Untersagung der Berufsausübung (§§ 46 f) bis zur Dauer von sechs Monaten hindert die Berufsangehörigen nicht an der Vertretung und an der Geschäftsführung, allerdings aber an der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Über Fragen der Ausübung eines bestimmten Berufs entscheiden ausschließlich die entsprechend berufsbeauftragten Gesellschafter. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die den Gegenstand einer Entscheidung überwiegend betreffende Berufsberechtigung verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden. Alle Gesellschafter müssen ihre Rechte in eigenem Namen und auf eigene Rechnung innehaben. Die selbständige Ausübung des zahnärztlichen Berufs darf nicht an eine Weisung oder Zustimmung der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) gebunden werden. Jeder einer Gruppenpraxis als persönlich haftender Gesellschafter angehörende Angehörige des zahnärztlichen Berufs hat, insbesondere durch eine entsprechende Gestaltung des Gesellschaftsvertrags, für die Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, insbesondere der Meldepflicht gemäß § 14 Abs. 1 Z 4, zu sorgen. Er/Sie ist für die Erfüllung seiner/ihrer Berufs- und Standespflichten persönlich verantwortlich, diese Verantwortung kann weder durch den Gesellschaftsvertrag noch durch Beschlüsse der Gesellschafter/Gesellschafterinnen oder Geschäftsführungsmaßnahmen eingeschränkt oder aufgehoben werden.

FRANCE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Les dispositions relatives à l'exercice de la profession de chirurgien-dentiste figurent dans le Code de la Santé publique aux articles L. 4141-1 et suivants (partie législative) et aux articles D. 4111-1 et suivants (partie réglementaire).

- Arrêté du 25 octobre 2007 relatif à la déclaration préalable prévue à l'article R. 4112-9 du Code de la Santé publique.

2. Interrelation avec le droit européen

- L'arrêté du 13 juillet 2009 fixant la liste et les conditions de reconnaissance des titres de formation de praticien de l'art dentaire délivrés par les Etats membres de la Communauté européenne ou parties à l'accord sur l'Espace économique européen visées au 3° de l'article L. 4141-3 du Code de la Santé publique.
- L'ordonnance n° 2008-507 du 30 mai 2008 a transposé la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005.
- Directive 78/687/CEE du 25 juillet 1978 visant à la coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant les activités du praticien de l'art dentaire.
- Accord entre l'Union Européenne et la Suisse sur la libre circulation des personnes en vigueur au 1^{er} juin 2002 (décret n° 2002-946).

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

En France, il est nécessaire pour exercer la profession de chirurgien-dentiste d'être¹⁵ :

1° Titulaire d'un diplôme, certificat ou autre titre mentionné ci-dessous;

2° De nationalité française, de citoyenneté andorrane ou ressortissant d'un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, du Maroc ou de la Tunisie, sous réserve de l'application, le cas échéant, soit des règles fixées au présent chapitre, soit de celles qui découlent d'engagements internationaux autres que ceux mentionnés au présent chapitre ;

3° Inscrit à un tableau de l'ordre des chirurgiens-dentistes.

¹⁵ Article L. 4111-1 du Code de la Santé publique.

France

Les titres de formation, exigés en application du 1° ci-dessus, sont pour l'exercice de la profession de chirurgien-dentiste¹⁶ :

- 1° Soit le diplôme français d'Etat de docteur en chirurgie dentaire ;
- 2° Soit le diplôme français d'Etat de chirurgien-dentiste ;
- 3° Soit si l'intéressé est ressortissant d'un Etat membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen :
 - a) Les titres de formation de praticien de l'art dentaire délivrés par l'un de ces Etats conformément aux obligations communautaires et figurant sur une liste établie par arrêté des ministres chargés de l'enseignement supérieur et de la santé;
 - b) Les titres de formation de praticien de l'art dentaire délivrés par un Etat, membre ou partie, conformément aux obligations communautaires, ne figurant pas sur la liste mentionnée au a, s'ils sont accompagnés d'une attestation de cet Etat certifiant qu'ils sanctionnent une formation conforme à ces obligations et qu'ils sont assimilés, par lui, aux diplômes, certificats et titres figurant sur cette liste ;
 - c) Les titres de formation de praticien de l'art dentaire délivrés par un Etat, membre ou partie, sanctionnant une formation de praticien de l'art dentaire commencée dans cet Etat antérieurement aux dates figurant dans l'arrêté mentionné au a et non conforme aux obligations communautaires, s'ils sont accompagnés d'une attestation de l'un de ces Etats certifiant que le titulaire des titres de formation s'est consacré, dans cet Etat, de façon effective et licite aux activités de praticien de l'art dentaire ou, le cas échéant, de praticien de l'art dentaire spécialiste, pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années précédant la délivrance de l'attestation ;
 - d) Les titres de formation de praticien de l'art dentaire délivrés par l'ancienne Union soviétique ou l'ancienne Yougoslavie ou qui sanctionnent une formation commencée avant la date d'indépendance de l'Estonie, de la Lettonie, de la Lituanie ou de la Slovénie, s'ils sont accompagnés d'une attestation des autorités compétentes de l'Estonie, de la Lettonie ou de la Lituanie pour les titres de formation délivrés par l'ancienne Union soviétique, de la Slovénie pour les titres de formation délivrés par l'ancienne Yougoslavie, certifiant qu'ils ont la même validité sur le plan juridique que les titres de formation délivrés par cet Etat.

Cette attestation est accompagnée d'un certificat délivré par ces mêmes autorités indiquant que son titulaire a exercé dans cet Etat, de façon effective et licite, la profession de praticien de l'art dentaire ou de praticien de l'art dentaire spécialiste pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années précédant la délivrance du certificat ;
 - e) Les titres de formation de praticien de l'art dentaire délivrés par un Etat, membre ou partie, sanctionnant une formation de praticien de l'art dentaire commencée dans cet Etat antérieurement aux dates figurant dans l'arrêté mentionné au a et non conforme aux obligations communautaires mais permettant d'exercer légalement la profession de praticien de l'art dentaire dans l'Etat qui les a délivrés, si le praticien de l'art dentaire justifie avoir effectué en France au cours des cinq années précédentes trois années consécutives à temps plein de fonctions hospitalières, le cas échéant dans la spécialité correspondant aux titres de formation, en qualité d'attaché associé, de praticien attaché associé, d'assistant associé ou de fonctions universitaires en qualité de chef de clinique associé des universités ou d'assistant associé des universités, à condition d'avoir été chargé de fonctions hospitalières dans le même temps ;
 - f) Un titre de formation de médecin délivré en Italie, en Espagne, en Autriche, en République tchèque, en Slovaquie et en Roumanie sanctionnant une formation commencée au plus tard aux dates fixées par arrêté des ministres chargés de l'enseignement supérieur et de la santé, s'il est accompagné d'une attestation des autorités compétentes de cet Etat certifiant qu'il ouvre droit dans cet Etat à l'exercice de la profession de praticien de l'art dentaire et que son titulaire s'est consacré, dans

¹⁶ Article L. 4141-3 du Code de la Santé publique.

France

cet Etat, de façon effective et licite, aux activités de praticien de l'art dentaire pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années précédant la délivrance de l'attestation.

Pour les titres de formation délivrés par l'Italie, l'intéressé doit en outre, selon la date à laquelle la formation a commencé, produire une attestation certifiant qu'il a passé avec succès une épreuve d'aptitude organisée par les autorités italiennes compétentes.

L'autorité compétente peut, après avis d'une commission composée notamment de professionnels, autoriser individuellement à exercer la profession de chirurgien-dentiste, le cas échéant dans la spécialité, les ressortissants d'un Etat membre de l'Union européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen, titulaires de titres de formation délivrés par l'un de ces Etats, ne répondant pas aux conditions prévues susmentionnées mais permettant d'exercer légalement la profession de chirurgien-dentiste dans cet Etat.

Dans le cas où l'examen des qualifications professionnelles attestées par l'ensemble des titres de formation et de l'expérience professionnelle pertinente fait apparaître des différences substantielles au regard des qualifications requises pour l'accès à la profession, le cas échéant dans la spécialité, et son exercice en France, l'autorité compétente exige que l'intéressé se soumette à une mesure de compensation qui consiste, au choix du demandeur, en une épreuve d'aptitude ou en un stage d'adaptation, le cas échéant dans la spécialité¹⁷.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

La reconnaissance des diplômes est automatique. Le chirurgien-dentiste doit, toutefois, s'inscrire au tableau de l'Ordre des dentistes au même titre que tout dentiste diplômé en France.

Le chirurgien-dentiste qui exerce dans un département est inscrit sur un tableau établi et tenu à jour par le Conseil départemental de l'ordre dont il relève.

Un curriculum vitae dûment rempli est envoyé accompagné des pièces suivantes :

- 1° Une photocopie d'une pièce d'identité en cours de validité ;
- 2° Le cas échéant, une attestation de nationalité délivrée par une autorité compétente ;
- 3° Une copie, accompagnée le cas échéant d'une traduction, faite par un traducteur agréé auprès des tribunaux français ou habilité à intervenir auprès des autorités judiciaires ou administratives d'un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, des diplômes, certificats ou titres susmentionnés à laquelle sont joints :
 - a) Lorsque le demandeur est un praticien ressortissant d'un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen : la ou les attestations ;
 - b) Lorsque le demandeur bénéficie d'une autorisation d'exercice: la copie de cette autorisation ;
 - c) Lorsque le demandeur présente un diplôme délivré dans un Etat étranger dont la validité est reconnue sur le territoire français : la copie des titres à la possession desquels cette reconnaissance peut être subordonnée ;
- 4° Pour les ressortissants d'un Etat étranger, un extrait de casier judiciaire ou un document équivalent, datant de moins de trois mois, délivré par une autorité compétente de l'Etat d'origine ou de provenance ; cette pièce peut être remplacée, pour les ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne ou parties à l'accord sur l'Espace économique européen qui exigent une preuve de moralité ou d'honorabilité pour l'accès à l'acti-

¹⁷ Article L4141-3-1 du Code de la Santé publique.

France

vité de médecin, de chirurgien-dentiste ou de sage-femme, par une attestation datant de moins de trois mois de l'autorité compétente de l'Etat d'origine ou de provenance certifiant que ces conditions de moralité ou d'honorabilité sont remplies ;

- 5° Une déclaration sur l'honneur du demandeur certifiant qu'aucune instance pouvant donner lieu à condamnation ou sanction susceptible d'avoir des conséquences sur l'inscription au tableau n'est en cours à son encontre ;
- 6° Un certificat de radiation d'inscription ou d'enregistrement délivré par l'autorité auprès de laquelle le demandeur était antérieurement inscrit ou enregistré ou, à défaut, une déclaration sur l'honneur du demandeur certifiant qu'il n'a jamais été inscrit ou enregistré, ou, à défaut, un certificat d'inscription ou d'enregistrement dans un Etat membre de la Communauté européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen ;
- 7° Tous éléments de nature à établir que le demandeur possède les connaissances linguistiques nécessaires à l'exercice de la profession.

Le curriculum vitae prend la forme suivante¹⁸ :

CURRICULUM VITAE

CONSEIL DÉPARTEMENTAL: N° d'inscription départemental :

Date de l'inscription au Tableau :

1° NOM PATRONYMIQUE (nom de FAMILLE) (*M., Mme ou Mlle*)

Il s'agit du nom figurant sur les actes d'état civil et mentionné sur le diplôme.

Il constitue le nom d'inscription du praticien.

NOM D'USAGE (*le cas échéant*),

c'est-à-dire : nom de l'époux(se), veuf(ve), divorcé(e), nom de l'autre parent, accolé ou non au nom de famille

NOM D'EXERCICE : nom patronymique nom d'usage

PRENOMS (*soulignez le prénom usuel*)

DATE DE NAISSANCE: LIEU: Département :

ADRESSE PRIVÉE

NATIONALITÉ :

Etes-vous Français : par naissance

ou par acquisition (*joindre le justificatif*)

autre nationalité : par naissance

ou par acquisition (*joindre le justificatif*)

2° DIPLÔME D'EXERCICE (*Joindre les justificatifs*)

A) DIPLÔME FRANCAIS

Date et lieu d'obtention de votre diplôme de chirurgien-dentiste (*acquis avant octobre 1972*) :

Date et lieu d'obtention de votre diplôme de docteur en chirurgie dentaire:

B) DIPLÔME D'UN ÉTAT MEMBRE DE L'UNION EUROPÉENNE OU PARTIE À L'ACCORD SUR L'ESPACE

ÉCONOMIQUE EUROPÉEN (*article L.4141-3 du code de la santé publique*)

Date et lieu d'obtention :

C) DIPLÔME DÉLIVRÉ DANS LES AUTRES PAYS

Date et lieu d'obtention:

Date du décret d'autorisation d'exercice du Ministère de la Santé :

¹⁸

Modèle disponible sous : <http://www.ordre-chirurgiens-dentistes.fr/uploads/media/cv.pdf>

France

3° ADRESSE PROFESSIONNELLE *(précise et complète)*

A quel titre : Propriétaire du cabinet – Locataire d'un cabinet aménagé (locataire du local ET du matériel) – associé d'une Société Civile de Moyens – Associé d'une Société Civile Professionnelle – Associé d'une Société d'Exercice Libéral (SELCA – SELAFA – SELARL – SELAS) – Associé d'une Société en participation – Contrat d'exercice professionnel à frais communs – Autre association – Collaborateur libéral – Collaborateur salarié – Salarié d'un centre de santé – Statut hospitalier – et/ou Statut universitaire – Convention d'exercice conjoint – Convention article R.4127-281 du code de la santé publique – Gérant – Chirurgien-dentiste-conseil – Sans exercice.

(FICHE COMPLÉMENTAIRE À REMPLIR CI-JOINTE, selon votre type d'exercice)
LA PRODUCTION DES CONTRATS EST OBLIGATOIRE *(article L.4113-9, R.4127-247, R.4127-248 et R.4127-278 du code de la santé publique)*
En application de l'article R.4127-272 du code de la santé publique, le chirurgien-dentiste exerçant à titre libéral ne peut avoir que deux exercices quelle que soit leur forme, sauf dérogation accordée par le Conseil National de l'Ordre.

Indiquez ci-dessous les nom, prénom et adresse de la personne avec laquelle vous êtes lié(e) *(associé, employeur, propriétaire du cabinet, etc.)*

En cas de rachat, total ou partiel, du cabinet, nom du prédécesseur

Eventuellement date et département d'inscription sur la liste des spécialistes qualifiés en orthopédie dento-faciale

Assurez-vous des fonctions hospitalières ? OUI NON *(joindre le justificatif)*

Lesquelles ?

Assurez-vous des fonctions universitaires ? OUI NON *(joindre le justificatif)*

Lesquelles ?

4° AVEZ-VOUS D'AUTRES EXERCICES ? OUI NON SECONDAIRE ANNEXE

Lesquels ?

En qualité de

Adresses

5° EXERCEZ-VOUS DANS UN OU PLUSIEURS PAYS :

• DE L'UNION EUROPÉENNE OUI NON • HORS UNION EUROPÉENNE OUI NON

- Le(s)quel(s) ? Le(s)quel(s) ?

- En qualité de En qualité de

- Adresse(s) Adresse(s)

Joindre un certificat d'inscription ou d'enregistrement de l'Etat membre de l'Union Européenne

6° EXERCICE PRECEDENT

Dernier département d'exercice

7° DIPLÔMES *(joindre les justificatifs)*

Diplômes nationaux *(autres que le Doctorat d'Etat en chirurgie dentaire) :*

Autres :

France

8° * AVEZ-VOUS FAIT L'OBJET DE SANCTIONS NON AMNISTIÉES PRONONCÉES PAR UN ORDRE OU ORGANISME ASSIMILÉ ?

- OUI : Lesquelles :
A quelles dates :
 NON

* AVEZ-VOUS FAIT L'OBJET DE CONDAMNATIONS NON AMNISTIÉES PAR UNE JURIDICTION DE DROIT COMMUN EN FRANCE OU À L'ÉTRANGER ?

- OUI : Lesquelles :
A quelles dates :
 NON

9° JOIGNEZ IMPÉRATIVEMENT VOS PROJETS DE PLAQUE ET D'IMPRIMÉ PROFESSIONNEL (*ordonnances, papiers à en-tête, cartons de RV, devis...*)

Dans le cas où l'intéressé(e) désierait faire paraître dans la presse une annonce d'installation, le projet de communiqué doit être soumis à l'agrément du conseil départemental de l'Ordre, qui en détermine la fréquence, la rédaction et la présentation (article R.4127-219 du code de la santé publique).

Important :

- 1 - Toute fausse déclaration est passible de sanctions disciplinaires ou pénales (article L. 4163-8 du code de la santé publique, article 441-6 du code pénal).
- 2 - Tout praticien d'exercice libéral doit demander personnellement son inscription réglementaire auprès de la Caisse Autonome de Retraite 50, avenue Hoche Paris 8°, dans le mois qui suit le début d'exercice.
- 3 - Conformément aux dispositions de la loi relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés, nous vous précisons que ces informations sont saisies sur fichier magnétique. La loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 vous garantit un droit d'accès et de rectification de ces données. Par ailleurs, vos coordonnées peuvent être utilisées pour vous adresser des informations à caractère professionnel émanant d'autres institutions ou organismes, sauf opposition de votre part qu'il vous appartient de notifier au Conseil de l'Ordre

REPRODUIRE CI-DESSOUS A LA MAIN LA PHRASE:

«J'affirme sur l'honneur avoir pris connaissance du Code de Déontologie des chirurgiens-dentistes».

«Je demande mon inscription au Tableau de l'Ordre des Chirurgiens-dentistes du département de:

«J'atteste sur l'honneur que les déclarations ci-dessus sont conformes à la vérité.

«Je m'engage à envoyer au Conseil départemental de l'Ordre des Chirurgiens-dentistes un rectificatif dès qu'il se produira une modification dans les déclarations précédentes et à répondre à toute demande de renseignements concernant mon exercice professionnel.

«Je m'engage sur l'honneur à souscrire une assurance garantissant ma responsabilité civile professionnelle et à veiller à son bon renouvellement périodique »

Date:

Signature précédée de la mention manuscrite « Lu et approuvé »

Joindre obligatoirement 2 photos d'identité

A remplir par le Conseil Départemental :

Dans l'éventualité d'un changement de situation entre la date d'établissement du curriculum vitae et la date d'inscription, à quel titre l'intéressé(e) a-t-il (elle) été inscrit(e)?

DATE DE DÉBUT D'ACTIVITÉ :

Copie du présent CV d'inscription remise au praticien, et une copie adressée au conseil national.

3. Autorité compétente

Conseil départemental de l'Ain
827 rue de la Source - 01440 VIRIAT
Tel : 04 74 45 31 37
Email : ain@oncd.org

Conseil départemental de l'Aisne
26 rue des Cordeliers - 02000 LAON
Tel : 03 23 20 23 40
Email : aisne@oncd.org

Conseil départemental de l'Allier
8 cours Anatole France - 03000 MOULINS
Tel : 04 70 20 03 33
Email : allier@oncd.org

Conseil départemental des Alpes-de-Haute-Provence
23 rue Antoine Héroët - Le Shangrila - 04000 DIGNE LES BAINS
Tel : 04 92 34 10 21
Email : alpes-de-haute-provence@oncd.org

Conseil départemental des Hautes-Alpes
Résidence le Priouré - 05600 GUILLESTRE
Tel : 04 92 52 33 32
Email : hautes-alpes@oncd.org

Conseil départemental des Alpes-Maritimes
28 boulevard Raimbaldi - 06000 NICE
Tel : 04 93 80 21 21
Email : alpes-maritimes@oncd.org

Conseil départemental de l'Ardèche
24 boulevard de la République - 07100 ANNONAY
Tel : 04 75 67 05 02
Email : ardeche@oncd.org

Conseil départemental des Ardennes
2 Promenade de Dulmen - 08000 CHARLEVILLE MEZIERES
Tel : 03 24 37 75 20
Email : ardennes@oncd.org

Conseil départemental de l'Ariège
2 rue d'Enrouge - 09100 PAMIERS
Tel : 05 61 60 48 80
Email : ariege@oncd.org

Conseil départemental de l'Aube
42 rue de la Paix - Domus medica - 10000 TROYES
Tel : 03 25 73 64 39
Email : aube@oncd.org

France

Conseil départemental de l'Aude
1&3 rue Buffon - 11000 CARCASSONNE
Tel : 04 68 25 42 30
Email : aude@oncd.org

Conseil départemental de l'Aveyron
1 A rue Montplaisir - 12100 MILLAU
Tel : 05 65 60 70 97
Email : aveyron@oncd.org

Conseil départemental des Bouches-du-Rhône
162 rue Consolat - 13001 MARSEILLE
Tel : 04 91 50 12 89
Email : bouches-du-rhone@oncd.org

Conseil départemental du Calvados
7 rue Pasteur - 2ème étage - 14000 CAEN
Tel : 02 31 86 13 72
Email : calvados@oncd.org

Conseil départemental du Cantal
5 rue du Président Delzons - 15000 AURILLAC
Tel : 04 71 48 52 67
Email : cantal@oncd.org

Conseil départemental de la Charente
119 rue Saint Roch - 16000 ANGOULEME
Tel : 05 45 95 62 90
Email : charente@oncd.org

Conseil départemental de la Charente-Maritime
14 avenue Diéras - BP 80005 - 17301 ROCHEFORT CEDEX
Tel : 05 46 87 47 51
Email : charente-martime@oncd.org

Conseil départemental du Cher
35 route d'Orléans - 18230 SAINT DOULCHARD
Tel : 02 48 21 15 80
Email : cher@oncd.org

Conseil départemental de la Corrèze
2 rue des Martyrs - 19000 TULLE
Tel : 05 55 26 49 84
Email : correze@oncd.org

Conseil départemental de la Corse-du-Sud
8 rue Michel Bozzi - 20000 AJACCIO
Tel : 04 95 23 43 22
Email : corse-du-sud@oncd.org

Conseil départemental de la Haute-Corse
Résidence le "Vendôme" - rue Paratojo - 20200 BASTIA
Tel : 04 95 34 27 79
Email : haute-corse@oncd.org

France

Conseil départemental de la Cote d'Or
2 rue des Ciseaux - 21800 QUETIGNY
Tel : 03 80 48 26 59
Email : cote-d-or@oncd.org

Conseil départemental des Cotes d'Armor
10 rue de Gouédic - 22000 SAINT BRIEUC
Tel : 02 96 61 80 79
Email : cote-d-armor@oncd.org

Conseil départemental de la Creuse
Rue de l'ancienne Poudrière - Résidence de la Poste - 23000 GUÉRET
Tel : 05 55 52 44 48
Email : creuse@oncd.org

Conseil départemental de la Dordogne
BP 124 - Boulazac - 24755 TRELISSAC CEDEX
Tel : 05 53 08 29 88
Email : dordogne@oncd.org

6 avenue Carnot - 25000 BESANCON
Tel : 03 81 80 56 76
Email : doubs@oncd.org

Conseil départemental de la Drome
153 avenue Maurice Faure - 26000 VALENCE
Tel : 04 75 41 15 49
Email : drome@oncd.org

Conseil départemental de l'Eure
17 boulevard de la Ruffardière - 27000 EVREUX
Tel : 02 32 31 60 41
Email : eure@oncd.org

Conseil départemental du Finistère
10 rue Théodore le Hars - BP 1652 - 29106 QUIMPER CEDEX
Tel : 02 98 90 55 77
Email : finistere@oncd.org

Conseil départemental du Gard
Parc Georges Besse - Maison des professions libérales et de santé - Allée Norbert Wiener -
30035 NIMES CEDEX 1
Tel : 04 66 64 19 90
Email : gard@oncd.org

Conseil départemental de la Haute-Garonne
9 avenue J. Gonord - Parc d'activités de la Plaine - 31500 TOULOUSE
Tel : 05 61 54 80 80
Email : haute-garonne@oncd.org

Conseil départemental du Gers
9 boulevard Roquelaure - 32000 AUCH
Tel : 05 62 05 57 69
Email : gers@oncd.org

France

Conseil départemental de la Gironde
134 boulevard Wilson - 33000 BORDEAUX
Tel : 05 56 96 16 13
Email : gironde@oncd.org

Conseil départemental de l'Ille et Vilaine
16 rue Saint Hélier - Le Molière - 35000 RENNES
Tel : 02 99 67 46 27
Email : ille-et-vilaine@oncd.org

Conseil départemental de l'Indre
17 rue Cantrelle - 36000 CHATEAUROUX
Tel : 02 54 08 69 14
Email : indre@oncd.org

Conseil départemental de l'Indre et Loire
83 rue Blaise Pascal - 37000 TOURS
Tel : 02 47 05 63 52
Email : indre-et-loire@oncd.org

Conseil départemental de l'Isère
59 boulevard Clémenceau - 38100 GRENOBLE
Tel : 04 76 44 56 08
Email : isere@oncd.org

Conseil départemental du Jura
11 chemin de Pavigny - 39000 LONS LE SAUNIER
Tel : 03 84 24 16 62
Email : jura@oncd.org

Conseil départemental des Landes
174 avenue de Saint Sever - 40280 SAINT PIERRE DU MONT
Tel : 05 58 74 19 18
Email : landes@oncd.org

Conseil départemental du Loir et Cher
28 rue du Puits Chatel - 41000 BLOIS
Tel : 02 54 78 17 26
Email : loir-et-cher@oncd.org

Conseil départemental de la Loire
30 rue d'Arcole BP 167 - 42004 SAINT ETIENNE cedex 1
Tel : 04 77 32 40 03
Email : loire@oncd.org

Conseil départemental de la Haute-Loire
2 rue Pierret - Cité Négocia - 43000 LE PUY EN VELAY
Tel : 04 71 09 26 91
Email : haute-loire@oncd.org

Conseil départemental de la Loire-Atlantique
87 rue du Général Buat - 44000 NANTES
Tel : 02 40 29 40 02
Email : loire-atlantique@oncd.org

France

Conseil départemental du Loiret
27 rue du Colombier - 45000 ORLEANS
Tel : 02 38 54 89 63
Email : loiret@oncd.org

Conseil départemental du Lot
6 Impasse de la Charité - 46000 CAHORS
Tel : 05 65 22 67 27
Email : lot@oncd.org

Conseil départemental du Lot et Garonne
37 rue de Casseneuil - 47300 VILLENEUVE SUR LOT
Tel : 05 53 70 95 50
Email : lot-et-garonne@oncd.org

Conseil départemental de la Lozère
5 rue du Toural - 48200 ST CHELY D'APCHER
Tel : 04 66 31 02 95
Email : lozere@oncd.org

Conseil départemental du Maine et Loire
7 boulevard Marc Leclerc - 49000 ANGERS
Tel : 02 41 87 22 53
Email : maine-et-loire@oncd.org

Conseil départemental de la Manche
12 rue Alfred Dussaux - 50000 SAINT LÔ
Tel : 02 33 06 03 09
Email : manche@oncd.org

Conseil départemental de la Marne
Allée Roberto Santos-Dumont - Bât A7 1er étage - BP 265 –
51687 REIMS CEDEX 2
Tel : 03 26 04 22 24
Email : marne@oncd.org

Conseil départemental de la Haute-Marne
3 boulevard Barotte - 52000 CHAUMONT
Tel : 03 25 01 45 94
Email : haute-marne@oncd.org

Conseil départemental de la Mayenne
67 rue de Nantes - 53000 LAVAL
Tel : 02 43 49 16 10
Email : mayenne@oncd.org

Conseil départemental de la Meurthe et Moselle
25/29 rue de Saurupt - 54000 NANCY
Tel : 03 83 90 91 77
Email : meurthe-et-moselle@oncd.org

Conseil départemental de la Meuse
21 rue du Dr Neve - 55000 BAR LE DUC
Tel : 03 29 76 28 97
Email : meuse@oncd.org

France

Conseil départemental du Morbihan
9 rue du Manoir de Trussac - 56000 VANNES
Tel : 02 97 63 12 73
Email : morbihan@oncd.org

Conseil départemental de la Moselle
19 rue du Pré Gondé - 57000 METZ
Tel : 03 87 62 74 66
Email : moselle@oncd.org

Conseil départemental de la Nièvre
15 rue Claude Tillier - Résidence la Chaumière - 58000 NEVERS
Tel : 03 86 59 48 85
Email : nievre@oncd.org

Conseil départemental du Nord
55 rue Salvador Allende - Eurasanté Parc Galénis - Bt D - 59373 LOOS LES LILLE cedex
Tel : 03 20 32 33 23
Email : nord@oncd.org

Conseil départemental de l'Oise
128 boulevard des Etats Unis - Résidences Les Cèdres - 60200 COMPIEGNE
Tel : 03 44 23 25 31
Email : oise@oncd.org

Conseil départemental de l'Orne
28 rue du Général Leclerc - 61500 SÉES
Tel : 02 33 31 94 68
Email : orne@oncd.org

Conseil départemental du Pas de Calais
24 rue Eugène Haynaut - 62400 BETHUNE
Tel : 03 21 01 36 00
Email : pas-de-calais@oncd.org

Conseil départemental du Puy de Dôme
5 rue de Ceyrat - Maison dentaire - 63000 CLERMONT FERRAND
Tel : 04 73 34 99 01
Email : puy-de-dome@oncd.org

Conseil départemental des Pyrénées-Atlantiques
7 place du Foirail - 64000 PAU
Tel : 05 59 02 31 30
Email : cdo64-pau@oncd.org

Conseil départemental des Hautes-Pyrénées
15 cours Gambetta - 65000 TARBES
Tel : 05 62 93 09 07
Email : hautes-pyrenees@oncd.org

Conseil départemental du Bas-Rhin
10 rue de Leicester - 67000 STRASBOURG
Tel : 03 88 60 67 87
Email : bas-rhin@oncd.org

France

Conseil départemental du Haut-Rhin
30 avenue de Lattre de Tassigny - BP 40126 - 68017 COLMAR
Tel : 03 89 24 34 60
Email : haut-rhin@oncd.org

Conseil départemental des Pyrénées-Orientales
17 boulevard Kennedy - Le Challenger - 66000 PERPIGNAN
Tel : 04 68 35 05 43
Email : pyrenees-orientales@oncd.org

Conseil départemental du Rhône
72 rue Vauban – Le Baladin - 69006 LYON
Tel : 04 78 42 75 29
Email : rhone@oncd.org

Conseil départemental de la Haute-Saône
19 boulevard des Alliées - 70000 VESOUL
Tel : 03 84 76 51 18
Email : haute-saone@oncd.org

Conseil départemental de la Saône et Loire
1 rue Dewet - Maison dentaire - 71100 CHALON SUR SAONE
Tel : 03 85 48 68 80
Email : saone-et-loire@oncd.org

Conseil départemental de la Sarthe
2 rue de Gaspéri - Le Cristal - 72100 LE MANS
Tel : 02 43 84 47 02
Email : sarthe@oncd.org

Conseil départemental de la Savoie
101 rue d'Angleterre - 73000 CHAMBERY
Tel : 04 79 62 42 67
Email : savoie@oncd.org

Conseil départemental de la Haute-Savoie
29 bis avenue de la Mavéria - 74000 ANNECY
Tel : 04 50 66 14 12
Email : haute-savoie@oncd.org

Conseil départemental de Paris
27 rue Ginoux - 75015 PARIS
Tel : 01 42 60 49 73
Email : paris@oncd.org

Conseil départemental de la Seine-Maritime
67 ave Jacques Chastellain - 76000 ROUEN
Tel : 02 35 88 76 33
Email : seine-maritime@oncd.org

Conseil départemental de Seine et Marne
19 avenue du Maréchal Foch - Boite 77 - 77508 CHELLES cedex
Tel : 01 60 20 16 04
Email : seine-et-marne@oncd.org

France

Conseil départemental des Yvelines
3 rue Antoine Coypel - 78000 VERSAILLES
Tel : 01 39 50 32 19
Email : yvelines@oncd.org

Conseil départemental des Deux-Sèvres
71/73 rue de Goise - 79000 NIORT
Tel : 05 49 24 97 04
Email : deux-sevres@oncd.org

Conseil départemental de la Somme
Le Tennessee - 47 avenue du Royaume Uni - 80090 Amiens
Tel : 03 22 33 00 03
Email : somme@oncd.org

Conseil départemental du Tarn
13 rue de l'Hôtel de Ville - 81000 ALBI
Tel : 05 63 54 67 60
Email : tarn@oncd.org

Conseil départemental du Tarn et Garonne
11 place Prax Paris - 82000 MONTAUBAN
Tel : 05 63 63 29 95
Email : tarn-et-garonne@oncd.org

Conseil départemental du Var
1100 chemin des Plantades - Centre d'affaires Grand Var - Bt C - 83130 LA GARDE
Tel : 04 98 01 62 62
Email : var@oncd.org

Conseil départemental du Vaucluse
32 avenue Charles de Gaulle - BP 15 - 84131 LE PONTET
Tel : 04 90 31 37 00
Email : vaucluse@oncd.org

Conseil départemental de la Vendée
28 rue Guillaume de Machaud - 85000 LA ROCHE SUR YON
Tel : 02 51 37 60 98
Email : vendee@oncd.org

Conseil départemental de la Vienne
8 Place Aristide Briand - 86000 POITIERS
Tel : 05 49 88 30 87
Email : vienne@oncd.org

Conseil départemental de la Haute-Vienne
31 rue Hoche - 87000 LIMOGES
Tel : 05 55 79 01 36
Email : haute-vienne@oncd.org

Conseil départemental des Vosges
9 Route d'Oncourt - Maison dentaire - Hôtel des Services –
Inova 3000 - 88150 THAON LES VOSGES
Tel : 03 29 66 22 40
Email : vosges@oncd.org

France

Conseil départemental de l'Yonne
22 place de la République - BP 144 - 89303 JOIGNY CEDEX
Tel : 03 86 62 48 23
Email : yonne@oncd.org

Conseil départemental du Territoire de Belfort
3 rue Général Strolz - 90000 BELFORT
Tel : 03 84 22 16 96
Email : territoire-de-belfort@oncd.org

Conseil départemental de l'Essonne
7 rue Pierre Sémard - 91260 JUVISY SUR ORGE
Tel : 01 69 21 20 44

Conseil départemental des Hauts-de-Seine
34/36 quai de Dion Bouton - Résidence de Bellerive - BT B2 - 92800 PUTEAUX
Tel : 01 47 76 25 42
Email : hauts-de-seine@oncd.org

Conseil départemental de la Seine Saint Denis
54 avenue Paul Vaillant Couturier - 93120 LA COURNEUVE
Tel : 01 48 36 28 87
Email : seine-st-denis@oncd.org

Conseil départemental du Val-de-Marne
45 avenue de Versailles - 94320 THIAIS
Tel : 01 48 52 04 14
Email : val-de-marne@oncd.org

Conseil départemental du Val d'Oise
6 avenue Emile - BP 90014 - 95161 MONTMORENCY CEDEX
Tel : 01 39 64 42 48
Email : val-d-oise@oncd.org

4. Procédure

A la réception de la demande, le président du conseil départemental désigne un rapporteur parmi les membres du conseil. Ce rapporteur procède à l'instruction de la demande et fait un rapport écrit.

Le conseil vérifie les titres du candidat et demande communication du bulletin n° 2 du casier judiciaire de l'intéressé. Il refuse l'inscription si le demandeur ne remplit pas les conditions nécessaires de moralité et d'indépendance ou s'il est constaté au vu d'un rapport d'expertise¹⁹, une infirmité ou un état pathologique incompatible avec l'exercice de la profession. Cette expertise est ordonnée par le conseil départemental par une décision non susceptible de recours.

Enfin, le dentiste qui demande son inscription au tableau doit faire la preuve d'une connaissance suffisante de la langue française. Si celle-ci ne résulte pas du dossier accompagnant la demande d'inscription, la vérification est faite par le médecin-inspecteur départemental de la Santé²⁰.

¹⁹ Réalisée dans les conditions prévues à l'article R. 4124-3 du Code de la Santé publique.

²⁰ Article R. 4112-2 du Code de la Santé publique.

France

Par ailleurs, un dentiste ne peut être inscrit ou enregistré en qualité de dentiste dans deux Etats différents exceptés s'il s'agit d'Etats de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen²¹.

5. Délais

Le Conseil départemental doit statuer sur la demande d'inscription dans un délai maximum de trois mois à compter de la réception de la demande accompagnée d'un dossier complet²². L'absence de réponse dans le délai imparti constitue une décision implicite de rejet²³. Ce délai est suspendu :

- pendant trois mois s'il y a lieu de consulter un Etat membre ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen sur l'existence de faits graves et précis, susceptibles d'avoir des conséquences sur l'inscription commis hors de France par le dentiste ressortissant européen candidat à l'inscription ;
- pendant six mois, s'il y a lieu de faire des recherches hors de la France métropolitaine ;
- jusqu'à remise du rapport de l'expertise demandée. La décision est prise par le conseil départemental réuni en séance plénière.

6. Décision et possibilité de recours

Aucune décision de refus d'inscription ne peut être prise sans que l'intéressé ait été invité quinze jours au moins à l'avance par lettre recommandée avec demande d'avis de réception à comparaître devant le conseil pour y présenter ses explications. La décision de refus est motivée²⁴.

Les décisions d'inscription ou de refus d'inscription sont notifiées à l'intéressé dans la semaine qui suit la décision du conseil, par lettre recommandée avec demande d'avis de réception. Ces décisions sont également notifiées sans délai et dans la même forme au Conseil national et au préfet.

La notification mentionne que le recours contre ces décisions doit être porté devant le conseil régional ou interrégional dans le ressort duquel se trouve le conseil départemental qui s'est prononcé sur la demande d'inscription, dans un délai de trente jours. Elle indique en outre que le recours n'a pas d'effet suspensif²⁵.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Le praticien de l'art dentaire ressortissant d'un Etat, membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, qui est établi et exerce légalement l'activité de praticien de l'art dentaire dans un Etat, membre ou partie, peut exécuter en France, de manière temporaire et occasionnelle, des actes de sa profession sans être inscrit au tableau de l'ordre correspondant.

²¹ Article L. 4112-1 du Code de la Santé publique.

²² Article L. 4112-3 du Code de la Santé publique.

²³ Article L. 4112-4 du Code de la Santé publique.

²⁴ Article R. 4112-2 du Code de la Santé publique.

²⁵ Article R. 4112-4 du Code de la Santé publique.

France

L'exécution de ces actes est subordonnée à une déclaration préalable, qui est accompagnée de pièces justificatives dont la liste est fixée par arrêté du ministre chargé de la santé.

Le prestataire doit posséder les connaissances linguistiques nécessaires à la réalisation de la prestation.

Le praticien de l'art dentaire, prestataire de services, est tenu de respecter les règles professionnelles applicables en France et est soumis à la juridiction disciplinaire compétente.

Lorsque les titres de formation ne bénéficient pas d'une reconnaissance en application de l'article L. 4141-3, les qualifications professionnelles du prestataire sont vérifiées avant la première prestation de services. En cas de différence substantielle entre les qualifications du prestataire et la formation exigée en France pour l'exercice de la profession, de chirurgien-dentiste, de nature à nuire à la santé publique, les autorités compétentes demandent au prestataire d'apporter la preuve qu'il a acquis les connaissances et compétences manquantes, notamment au moyen de mesures de compensation.

Le praticien de l'art dentaire peut faire usage de ses titres de formation dans la langue de l'Etat qui les lui a délivrés. Il est tenu de faire figurer le lieu et l'établissement où il les a obtenus.

Dans le cas où le titre de formation de l'Etat d'origine, membre ou partie, est susceptible d'être confondu avec un titre exigeant en France une formation complémentaire, le conseil national de l'ordre concerné peut décider que le chirurgien-dentiste fera état du titre de formation de l'Etat d'origine, membre ou partie, dans une forme appropriée qu'il lui indique.

La prestation est réalisée sous le titre professionnel français de chirurgien-dentiste. Toutefois, lorsque les titres de formation ne bénéficient pas d'une reconnaissance en application de l'article L. 4141-3 et dans le cas où les qualifications n'ont pas été vérifiées, la prestation est réalisée sous le titre professionnel de l'Etat d'établissement, de manière à éviter toute confusion avec le titre professionnel français²⁶.

D'après les informations obtenues auprès de l'Ordre National des chirurgiens-dentistes, les ressortissants suisses bénéficient des mêmes dispositions dans le cadre de la libre prestation de services.

2. Demande pour l'autorisation et son contenu

La déclaration comporte des informations relatives à l'état civil, à la nationalité, à la légalité de l'établissement dans l'Etat membre d'origine ou de provenance, à l'absence d'interdiction, même temporaire, d'exercer, aux qualifications professionnelles et au lieu d'exécution de la première prestation de services, ainsi que la liste des pièces justificatives qui l'accompagnent²⁷.

²⁶ Article L. 4112-7 du Code de la Santé publique.

²⁷ Article L. 4112-9 al. 3 du Code de la santé publique.

France

PRESTATION DE SERVICES – FORMULAIRE DE DÉCLARATION

(Articles L. 4112-7 et R. 4112-9 du code de la santé publique- Arrêté du 25 octobre 2007)

1. Cette déclaration concerne

- Une première prestation de services en France (veuillez compléter les points 2 à 5 et le point 7).
- Un renouvellement annuel (veuillez compléter les points 2 à 6 et le point 7).
- Un changement relatif à la situation du prestataire (veuillez compléter les points 2 et 5).

2. Identité du demandeur

- 2.1. Nom(s) : _____
- 2.2. Prénom(s) : _____
- 2.3. Nationalité(s) : _____
- 2.4. Sexe : Masculin
 Féminin
- 2.5. Date de naissance : _____
- 2.6. Lieu de naissance :
Ville : _____
Pays : _____
- 2.7. Coordonnées dans l'Etat d'établissement, membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen (obligatoire) :
Adresse : _____

Téléphone (avec les préfixes) : _____
Courrier électronique : _____
- 2.8. Coordonnées en France (facultatif) :
Adresse : _____
Téléphone : _____
Courrier électronique : _____

3. Profession concernée

- 3.1. Profession exercée dans l'Etat d'établissement, membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen

Précisez la spécialité : _____

Profession pour laquelle vous demandez l'accès en France : _____

1 Veuillez conserver la copie de cette déclaration. Elle vous sera demandée lors de prestations futures.

2 Veuillez joindre une copie de la déclaration précédente, ainsi que de la première déclaration effectuée.

3 Veuillez indiquer l'intitulé de la profession dans la langue de l'État membre où vous êtes établi(e), ainsi que dans la langue de l'État membre d'accueil

4 Dans le cas d'établissement multiple, veuillez compléter les informations correspondant à chacun des États membres d'établissement.

Précisez la spécialité : _____

Indiquez les types d'actes envisagés : _____

- 3.2. Faites-vous partie d'un ordre professionnel ou d'un organisme équivalent

Oui Non

Si oui, veuillez indiquer ses nom et coordonnées, ainsi que votre numéro d'enregistrement : _____

France

4. Assurance professionnelle

Couverture d'assurance au titre de la responsabilité civile ou autres moyens de protection personnelle ou collective concernant la responsabilité professionnelle pour les actes que vous allez pratiquer sur le territoire français

Nom de la compagnie d'assurances: _____

Numéro du contrat : _____

Important : si le prestataire exerçant à titre libéral n'a pas de couverture d'assurances, il est tenu d'en souscrire une en application des dispositions de l'article L. 1142-2 du code de la santé publique. S'il n'exerce pas à titre libéral, il est tenu de vérifier l'étendue de la garantie souscrite par son employeur.

Commentaires éventuels :

5. Justificatifs joints à cette déclaration

Photocopie d'une pièce d'identité. A compléter, si cette pièce ne le prévoit pas, d'un document attestant la nationalité du demandeur.

Photocopie du ou des titres de formation, ou attestation de l'autorité compétente de l'État, membre ou partie, certifiant que l'intéressé possède les qualifications professionnelles requises pour l'exercice de la profession.

Attestation de l'autorité compétente de l'Etat d'établissement, membre de l'Union européenne ou partie à l'accord sur l'Espace économique européen, certifiant que l'intéressé est légalement établi dans cet Etat et qu'il n'encourt, lorsque l'attestation est délivrée, aucune interdiction même temporaire d'exercer.

Déclaration sur l'honneur de l'intéressé attestant qu'aucune instance pouvant entraîner l'interdiction temporaire ou définitive de l'exercice de la profession dans l'État d'origine ou de provenance n'est en cours.

Attestation relative à l'assurance professionnelle.

5 Dans le cas d'établissement multiple, veuillez compléter les informations correspondant à chacun des États membres d'établissement.

6 Dans le cas d'établissement multiple, veuillez compléter les informations correspondant à chacun des États membres d'établissement.

6. Informations à fournir en cas de renouvellement⁷

6.1. Durant quelle(s) période(s) avez-vous presté des services en France ?

Du .../.../... Au .../.../...

Du .../.../... Au .../.../...

Du .../.../... Au .../.../...

Du .../.../... Au .../.../...

Commentaires éventuels :

6.2. Veuillez indiquer les activités professionnelles exercées durant les périodes où vous prestiez des services.

7. Autres observations

Date : _____

Signature :

Ces informations seront conservées par l'autorité compétente pour assurer le suivi de la prestation de services.

La loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés s'applique aux réponses faites sur ce formulaire. Elle garantit un droit d'accès et de rectification pour les données à caractère personnel vous concernant auprès de l'organisme qui a traité votre demande. Toute fausse déclaration est passible de sanctions pénales (art. 441-1 du code pénal).

3. Autorité compétente

Cette déclaration préalable doit être adressée au Conseil national de l'Ordre des chirurgiens-dentistes.

[Ordre national des chirurgiens-dentistes](#)

22 rue E. Menier
75016 PARIS
Tél. : 01 44 34 78 80
courrier@oncd.org

Elle est renouvelable tous les ans. En cas de changement de la situation du demandeur telle qu'établie par les documents joints, il déclare ces modifications et joint les pièces nécessaires²⁸.

4. Procédure

Le Conseil national de l'ordre peut demander au prestataire de services d'apporter la preuve par tous moyens qu'il possède la connaissance de la langue française nécessaire à l'exercice de la profession et peut entendre l'intéressé²⁹.

Le Conseil de l'ordre qui examine les qualifications professionnelles du prestataire peut, dans un délai d'un mois, demander un complément d'informations au prestataire ou à l'autorité compétente de l'Etat d'établissement³⁰.

En cas de différences substantielles entre les qualifications professionnelles du prestataire et la formation exigée en France, le Conseil national de l'ordre demande à l'intéressé de démontrer qu'il a acquis les connaissances et compétences manquantes, notamment en le soumettant à une épreuve d'aptitude. S'il satisfait à cette mesure, la prestation peut commencer. Dans le cas contraire, le Conseil national de l'ordre l'informe qu'il ne peut réaliser de prestation de services.

Le prestataire est informé du délai dans lequel interviendra la décision, qui ne peut excéder un mois.

5. Délais

Dans le délai d'un mois à compter de la réception de la déclaration complète, le Conseil national de l'ordre informe le prestataire du résultat de l'examen de ses qualifications professionnelles et le cas échéant, du résultat du contrôle de ces dernières³¹.

²⁸ Article R. 4112-9 du Code de la Santé publique.

²⁹ Article R. 4112-10 du Code de la Santé publique

³⁰ Article R. 4112-9 *in fine* du Code de la Santé publique.

³¹ Article R. 4112-9 alinéa 4 du Code de la Santé publique.

6. Décision et possibilité de recours

Le conseil de l'ordre enregistre le prestataire de services sur une liste particulière. Cet enregistrement est dispensé de cotisation. Le conseil de l'ordre adresse au demandeur, dans un délai d'un mois, un récépissé comportant son numéro d'enregistrement, mentionnant, s'il y a lieu, la ou les spécialités correspondant aux qualifications professionnelles qu'il a déclarées et précisant l'organisme national d'assurance maladie compétent³².

7. Effets de l'autorisation

Le prestataire de services informe préalablement l'organisme national d'assurance maladie compétent de sa prestation de services par l'envoi d'une copie du récépissé susmentionné ou par tout autre moyen³³.

Le praticien de l'art dentaire peut faire usage de son titre de formation dans la langue de l'Etat qui le lui a délivré. Il est tenu de faire figurer le lieu et l'établissement où il l'a obtenu.

La prestation est réalisée sous le titre professionnel français chirurgien-dentiste. Toutefois, lorsque le titre de formation ne bénéficie pas d'une reconnaissance en application de l'article L. 4141-3 et dans le cas où les qualifications n'ont pas été vérifiées, la prestation est réalisée sous le titre professionnel de l'Etat d'établissement rédigé dans l'une des langues officielles de cet Etat³⁴.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

Les chirurgiens-dentistes peuvent se grouper soit en vue d'exercer leur profession soit dans le but de mettre en commun les moyens nécessaires à l'exercice de cette profession.

Le contrat d'exercice en commun est conclu dans le but de faciliter l'exercice de leur profession permet aux chirurgiens-dentistes de partager leurs honoraires. Les statuts d'une société civile professionnelle, d'une société d'exercice libéral ou d'une société en participation des professions libérales peuvent contenir une telle clause. Ces sociétés doivent être inscrites à un tableau de l'ordre³⁵. Le conseil départemental de l'ordre statue sur la demande d'inscription dans un délai maximum de trois mois à compter de la réception de la demande accompagnée d'un dossier complet³⁶. L'inscription ne peut être refusée que si les statuts déposés ne sont pas conformes aux dispositions législatives et réglementaires, et notamment au code de déontologie³⁷.

La décision de refus d'inscription est motivée. Elle est notifiée, par lettre recommandée avec demande d'avis de réception à chacun des intéressés. Elle ne peut être prise qu'après que les intéressés ont été appelés à présenter au conseil de l'ordre toutes explications orales ou écrites.

Si l'inscription est prononcée, notification en est faite à chacun des associés.

³² Article R. 4112-9 alinéa 9 du Code de la Santé publique.

³³ Art. 4112-11 du Code de la Santé publique.

³⁴ Article L. 4112-7 du Code de la Santé publique.

³⁵ Article R. 4113-28 du Code de la Santé publique.

³⁶ Article R. 4113-30 du Code de la Santé publique.

³⁷ Article R. 4113-31 du Code de la Santé publique.

France

Le conseil départemental notifie sans délai une copie de la décision ou l'avis de l'inscription au préfet du département, au Conseil national de l'ordre et aux organismes d'assurance maladie du régime général, de la mutualité sociale agricole et du régime des travailleurs non salariés des professions non agricoles ayant compétence dans le département³⁸.

Les décisions du conseil départemental en matière d'inscription au tableau des sociétés civiles professionnelles sont susceptibles de recours devant le conseil régional ou inter-régional dans le ressort duquel se trouve le conseil départemental qui s'est prononcé sur la demande d'inscription, dans un délai de trente jours³⁹. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

³⁸ Article R. 4113-32 du Code de la Santé publique.

³⁹ Article R. 4113-33 du Code de la Santé publique.

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono, ad oggi (**31 dicembre 2009**), le principali fonti normative per la regolamentazione dell'esercizio in Italia della professione di **odontoiatra** (come qui di seguito definita) da parte di chi possieda un titolo estero:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante “attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell’adesione della Bulgaria e Romania” (qui di seguito: “**D. Lgs. 206/2007**”)
- **Legge 24 luglio 1985, n. 409**, recante “Istituzione della professione sanitaria di odontoiatria e disposizioni relative al diritto di stabilimento ed alla libera prestazione di servizi da parte dei **dentisti** cittadini di Stati membri delle Comunità europee” (qui di seguito: “**Legge 409/1985**”)

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'«**Accordo**»). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di odontoiatra, il Ministero della Sanità** – ed inviando la documentazione necessaria. Va segnalato che l'art. 2 del D.lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che “**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea**”.

II. RAPPORTO

Formano oggetto della professione di **odontoiatra** secondo il diritto italiano le attività inerenti alla **diagnosi ed alla terapia delle malattie ed anomalie congenite ed acquisite dei denti, della bocca, delle mascelle e dei relativi tessuti**, nonché alla **prevenzione** ed alla **riabilitazione** odontoiatriche. Gli odontoiatri possono prescrivere **tutti i medicinali** necessari all'esercizio della loro professione (Art. 2 della legge 409/1985, richiamato dall'art. 41 ult. comma del D. Lgs. 206/2007).

A titolo di premessa, si dirà che la professione dell'odontoiatra rientra nelle c.d. "**professioni sanitarie**" per il cui esercizio è necessaria l'iscrizione ad un albo (v. Art. 8 del D.Lgs. 13 settembre 1946, n. 233 e art. 1 della Legge 24 luglio 1985, n. 409). L'Albo è tenuto dagli Ordini dei medici-chirurghi e degli odontoiatri, organizzati **su base provinciale** (art. 7 del D.Lgs. 233/1946 e art. 6 della Legge 409/1985). Gli Ordini provinciali sono riuniti in una Federazione nazionale con sede a Roma, nel caso dei medici-chirurghi la **Federazione Nazionale degli Ordini dei Medici Chirurghi e degli Odontoiatri**.

Le **sedi e gli indirizzi** degli Ordini provinciali sono indicati sul sito: <http://portale.fnomceo.it>. Competente per le questioni relative al riconoscimento dei titoli e della formazione professionale è il **Ministero della Salute, Direzione generale risorse umane e professioni sanitarie, Via Giorgio Ribotta, 5 - 00144 Roma**.

Ai sensi dell'art. 4 della legge 409/1989, "Presso ogni Ordine dei medici-chirurghi è istituito un **separato Albo professionale** per l'iscrizione di coloro che sono in possesso della laurea in odontoiatria e protesi dentaria e dell'abilitazione all'esercizio professionale conseguita a seguito di superamento di apposito esame di Stato. (...). L'iscrizione al predetto Albo è incompatibile con l'iscrizione ad altro Albo professionale. **L'odontoiatra iscritto all'Albo ha la facoltà di esercitare la professione in tutto il territorio dello Stato**". Si segnalerà che l'Art. 5 della legge 409/1989, "fatto salvo quanto previsto dal secondo comma dell'articolo 4, i laureati in medicina e chirurgia abilitati all'esercizio professionale, che siano in possesso di un diploma di specializzazione in campo odontoiatrico, possono essere iscritti all'Albo dei medici-chirurghi, con apposita annotazione riguardante la specifica specializzazione, conservando il diritto all'esercizio della professione di odontoiatra è stato abrogato dall'art. 13, l. 3 febbraio 2003, n. 14, legge comunitaria 2002.

A. Libertà di stabilimento

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alle professioni di *odontoiatra* ed *odontoiatra specialista*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla legge 409/1985, che regola la libertà di stabilimento agli artt. 1 s.**

A.1. Regime di cui al D. lgs. 206/2007

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

La domanda per il riconoscimento è corredata dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Italia

Le autorità competenti possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** o all'assenza di dichiarazione di fallimento, o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione

Il D. lgs. 206/2007 di attuazione della Direttiva 2005/36 ha dettato una regolamentazione specifica per quanto attiene alla formazione dell'odontoiatra, distinguendo a seconda che si tratti di *odontoiatra* o di *odontoiatra specialista*.

Odontoiatra. L'ammissione alla formazione di odontoiatra è subordinata al **possesso di un diploma di scuola secondaria superiore** che dia accesso, per tali studi, alle università. La formazione dell'odontoiatra comprende un **percorso di studi teorici e pratici della durata minima di cinque anni svolti a tempo pieno**. Il **programma di studi**, che permette il conseguimento del diploma di laurea in odontoiatria e protesi dentaria, corrisponde almeno a quello di cui all'allegato V, punto 5.3.1 del D. lgs. 206/2007 (che qui si omette). Detti studi sono effettuati **presso un'università o sotto il controllo** di un'università. La formazione

dell'odontoiatra garantisce l'acquisizione da parte dell'interessato delle seguenti conoscenze e competenze:

- adeguate conoscenze delle **scienze** sulle quali si fonda l'odontoiatria, nonché una buona comprensione dei **metodi scientifici** e, in particolare, dei principi relativi alla misura delle funzioni biologiche, alla valutazione di fatti stabiliti scientificamente e all'analisi dei dati;
- adeguate conoscenze **della costituzione, della fisiologia e del comportamento di persone sane e malate**, nonché del modo in cui l'ambiente naturale e sociale influisce sullo stato di salute dell'uomo, nella misura in cui ciò sia correlato all'odontoiatria;
- adeguate conoscenze **della struttura e della funzione di denti, bocca, mascelle e dei relativi tessuti, sani e malati**, nonché dei loro **rapporti** con lo stato generale di salute ed il benessere fisico e sociale del paziente;
- adeguata conoscenza delle **discipline e dei metodi clinici** che forniscano un quadro coerente delle **anomalie, lesioni e malattie dei denti, della bocca, delle mascelle e dei relativi tessuti**, nonché dell'odontoiatria sotto l'aspetto preventivo, diagnostico e terapeutico;
- adeguata **esperienza clinica** acquisita sotto opportuno controllo.

Odontoiatra specialista. L'art. 42 del D. Lgs. 206/2007 contiene una regolamentazione speciale per la formazione dell'odontoiatra specialista. In base ad essa l'ammissione alle scuole di specializzazione in odontoiatria presuppone il **possesso di un diploma di laurea in odontoiatria e protesi dentaria**, corredato della relativa **abilitazione** all'esercizio professionale. Tale diploma attesta il compimento con successo di **cinque anni di studi teorici e pratici nell'ambito del ciclo di formazione** previsto per l'odontoiatra. La formazione dell'odontoiatra specialista comprende un **insegnamento teorico e pratico** che si svolge presso una università, una azienda ospedaliera o un istituto accreditato a tale fine dalle università. La formazione di odontoiatra specialista si svolge a **tempo pieno, per un periodo non inferiore a tre anni, sotto il controllo delle autorità od organi competenti**. Essa richiede la **partecipazione personale** dello specializzando alle attività e responsabilità proprie della disciplina.

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (Ministero della salute, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

La necessità di indire una « conferenza di servizi » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III, sezione IV, cioè alla professione di odontoiatra.

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente. Tuttavia, L'art. 16 comma 10 del D.lgs. 206/2007, che deroga a tale disposizione, e che pare ben applicabile alla professione di *odontoiatra*, prevede che i beneficiari del riconoscimento esercitano la professione **facendo uso della denominazione del titolo professionale e della sua eventuale abbreviazione, prevista dalla legislazione italiana**.

A.2. Regime di cui alla legge 409/1985

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento della qualifica professionale

Le disposizioni relative al diritto di stabilimento contenute nella legge 409/1985 si applicano anche agli odontoiatri che intendono svolgere la loro attività nell'ambito di un **rapporto di lavoro subordinato** (Art. 11 della legge 409/1985). L'istituzione del rapporto di lavoro fra gli **odontoiatri cittadini di altri Stati membri** delle Comunità europee e le **strutture sanitarie pubbliche** è disciplinata dall'articolo 11 del decreto del Presidente della Repubblica 20 dicembre 1979, n. 761. Tale articolo dispone che i cittadini degli Stati membri della Comunità economica europea esercenti le professioni mediche, paramediche e farmaceutiche **possono prestare la loro attività nell'ambito del Servizio sanitario nazionale**, in base alle condizioni e ai requisiti previsti dalle norme di attuazione dell'art. 57 del Trattato CEE di Roma.

La legge 409/1985 distingue a seconda che si tratti di *odontoiatra* (1.1.) o di *odontoiatra specialista* (1.2.).

1.1. Odontoiatra

Per ottenere l'autorizzazione all'esercizio della professione di odontoiatra l'interessato deve presentare al **Ministero della sanità** domanda in **lingua italiana** corredata dai seguenti documenti:

- **uno dei titoli** previsti dall'**allegato B della legge 409/1985** (che qui si omette) in originale o in copia autentica;
- un **certificato di buona condotta**, ovvero un certificato di **moralità e di onorabilità** o equipollente, rilasciato dalla **competente autorità dello Stato di origine o di provenienza**; qualora detto Stato ai fini dell'esercizio della professione **non** richieda tale certificato, l'interessato deve presentare un **estratto del casellario giudiziario** ovvero un documento equipollente rilasciato dalla competente autorità dello Stato stesso.

I documenti, se redatti in una lingua straniera, devono essere accompagnati da una **traduzione italiana** certificata conforme al testo originale dalle autorità diplomatiche o consolari italiane del Paese din cui i documenti sono stati redatti, oppure da un traduttore ufficiale

La formazione di odontoiatra conferisce le competenze necessarie per esercitare **tutte le attività inerenti alla prevenzione, alla diagnosi e alla cura delle anomalie e delle malattie dei denti, della bocca, delle mascelle e dei relativi tessuti.**

1.2. Odontoiatra specialista

Qualora l'interessato chieda anche il riconoscimento del titolo di "**odontoiatra specialista**", egli dovrà presentare **uno dei titoli** previsti dall'allegato C della legge 409/1985 (che qui si omette), in originale o copia autentica. La documentazione di cui alla predetta lettera b) deve portare una data **non anteriore di più di tre mesi** rispetto a quella di presentazione della domanda (Art. 8 della legge 409/1985).

Nei confronti degli odontoiatri cittadini di uno Stato membro delle Comunità europee, in possesso di diplomi, certificati od altri titoli rilasciati dagli Stati di origine o di provenienza, che comprovino una formazione ultimata **prima del 28 luglio 1978**, ovvero ultimata dopo tale data ma **iniziata prima** della data stessa, e **non rispondente** all'insieme delle esigenze minime di formazione richieste dalla normativa comunitaria, si applicano le seguenti disposizioni:

- ai fini del riconoscimento del titolo di *odontoiatra* e dell'esercizio della relativa professione, ovvero per la **prestazione di servizi**, gli interessati devono presentare al Ministero della sanità, un **attestato**, rilasciato dall'autorità competente, dal quale risulti che hanno **effettivamente e lecitamente svolto la specifica professione od attività per un periodo di almeno tre anni consecutivi nel corso dei cinque anni che precedono il rilascio dell'attestato**;
- ai fini del riconoscimento del titolo di *odontoiatra specialista*, gli interessati devono presentare al Ministero della sanità, un **attestato**, rilasciato dall'autorità competente, dal quale risulti che essi si sono effettivamente dedicati alla specifica attività specialistica per un **periodo equivalente al doppio della differenza tra la durata di formazione specialistica richiesta nello Stato di origine o di provenienza e la durata minima di formazione prevista dalle direttive comunitarie in tre anni (Art. 18 della Legge 409/1985)**

I diplomi, certificati ed altri titoli di odontoiatra e di odontoiatra specialista rilasciati dagli Stati membri che **non** corrispondono alle denominazioni che figurano negli allegati alla Legge 409/1985 (che qui si omettono) sono riconosciuti come corrispondenti se corredati di un

Italie

certificato rilasciato dalle autorità competenti attestante che essi sono rilasciati a conclusione di una formazione conforme alle disposizioni previste dalla normativa comunitaria e sono assimilati da parte dello Stato membro che li ha rilasciati a quelli la cui denominazione figura negli allegati (Art.18-bis della Legge 409/1985).

2. Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini

Il Ministero della sanità, d'intesa con il Ministero della pubblica istruzione, accerta la regolarità della domanda e della relativa documentazione entro **tre mesi** dalla data di ricezione della domanda stessa, e provvede alla **sua trasmissione all'Ordine professionale corrispondente alla provincia indicata dall'interessato**, dandone **comunicazione** al medesimo.

Il Ministero della sanità, nel caso di **fondato dubbio** circa l'autenticità dei diplomi, dei certificati e degli altri titoli, svolge i **necessari accertamenti** presso la competente autorità dello Stato di origine o di provenienza e chiede **conferma** della autenticità degli stessi, nonché del possesso, da parte del beneficiario, di tutti i requisiti di **formazione** prescritti.

Nel caso in cui il Ministero della sanità, venga a conoscenza di **fatti gravi e specifici**, verificatisi fuori del territorio nazionale, che possano influire sull'ammissione del richiedente all'esercizio della professione, domanda al riguardo **informazioni**, tramite il Ministero degli affari esteri, alla competente autorità dello Stato di origine o di provenienza.

Per il periodo di tempo necessario ad acquisire tali informazioni il termine di cui al primo comma è **sospeso**. La sospensione non può eccedere i **tre mesi**. La procedura di ammissione riprende alla scadenza de tre mesi anche se lo Stato consultato non ha fatto pervenire la risposta.

Il rigetto dell'istanza da parte del Ministero della sanità, **deve essere motivato**. L'Ordine professionale competente, **nel termine di un mese** dalla data di ricezione della domanda, corredata dalla documentazione inviata dal Ministero, **completa la procedura per l'iscrizione all'Albo** (art. 9 della Legge 409/1985).

3. Effetti dell'iscrizione

1. *Uso del titolo professionale*

L'uso dei titoli di odontoiatra e di odontoiatra specialista e delle relative abbreviazioni è **consentito sia nella lingua dello Stato d'origine o di provenienza, sia nella lingua italiana** (art. 7 della Legge 409/1985).

2. *Obblighi*

Il cittadino di altri Stati membri delle Comunità che abbia ottenuto l'iscrizione all'Albo professionale ha gli stessi diritti **ed è soggetto agli stessi obblighi e sanzioni disciplinari previsti per gli odontoiatri italiani**.

Il Ministero della sanità, comunica all'autorità competente dello Stato di origine o provenienza le **sanzioni disciplinari** adottate nei confronti dei cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee, autorizzati ad esercitare la professione di odontoiatra, nonché quelle penali per reati concernenti l'esercizio della professione. A tal fine l'Ordine professionale competente **dà comunicazione al Ministero della sanità**, di tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale (Art. 10 della Legge 409/1985).

3. *Altri effetti*

Il Ministero della sanità, d'intesa con il Ministero della pubblica istruzione, sentite le regioni e le province autonome di Trento e di Bolzano, nonché la competente Federazione degli Ordini dei medici-chirurghi e degli odontoiatri, promuove, se ne ravvisa la necessità, **corsi facoltativi di deontologia professionale** e di legislazione sanitaria nonché corsi che consentano l'acquisizione delle **conoscenze linguistiche** necessarie all'esercizio della professione (Art. 12 della Legge 409/1985).

4. *Codice deontologico*

Se ne deve dedurre che gli iscritti, quale che sia la loro **nazionalità** ed il Paese nel quale hanno ottenuto il **titolo**, sono tenuti all'osservanza del **Codice di deontologia medica 2006**, disponibile sul sito <http://portale.fnomceo.it/Jcmsfnomceo/Jarticolo.jsp?lingua=It&idsezione=11&idarticolo=3694>. Ai sensi dell'art. 1, infatti, "il **Codice di Deontologia Medica** contiene principi e regole che il medico-chirurgo e l'odontoiatra, iscritti agli **albi professionali dell'Ordine dei Medici Chirurghi e degli Odontoiatri**, devono osservare nell'esercizio della **professione (...)**".

5. *Assicurazione obbligatoria*

Non vi è, attualmente, per l'esercizio della professione del medico odontoiatra in Italia, alcun obbligo di assicurazione contro la responsabilità civile, anche se l'assicurazione professionale è largamente diffusa (e diversi progetti di legge, dal destino parlamentare tuttavia ad oggi alquanto incerto, intendono introdurla).

B. Libera prestazione di servizi

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alle professioni di *odontoiatra* ed *odontoiatra specialista*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla Legge 409/1985, che regola la materia agli artt. 13 e s.**

B.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto

conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. Lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – medico chirurgo, infermiere responsabile dell'assistenza generale, odontoiatra, veterinario, ostetrica, farmacista e architetto – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D. Lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono

Italie

richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui alla legge 409/1985

1. Condizioni per l'esercizio

I cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee sono ammessi alla prestazione di servizi odontoiatrici di **carattere temporaneo** nel territorio dello Stato italiano **senza essere tenuti alla iscrizione nell'Albo professionale**, nei limiti dell'attività professionale loro consentita nel Paese di origine o di provenienza (Art. 13 della Legge 409/1985).

2. Comunicazione

Essi devono presentare al Ministero della sanità:

- una **dichiarazione redatta in lingua italiana dalla quale risulti la prestazione che l'interessato intende effettuare, il luogo di esecuzione della stessa e l'indicazione dello studio odontoiatrico autorizzato** presso il quale la prestazione sarà effettuata;
- un certificato della competente autorità dello Stato di origine o di provenienza da cui risulti che **l'interessato esercita legalmente la specifica professione in detto Stato**, con l'indicazione delle eventuali **limitazioni** al campo di attività professionale;
- un certificato attestante che l'interessato è in **possesso dei diplomi** o altri titoli di cui all'allegato B alla legge 409/1985, che qui si omette).

In caso di **urgenza** la dichiarazione, unitamente alla documentazione sopra indicata, deve essere presentata **entro il termine massimo di quindici giorni dalla effettuazione della prestazione**.

Il Ministero della sanità, comunica all'**Ordine professionale territorialmente** competente il contenuto della dichiarazione presentata dall'interessato.

La documentazione prevista dal presente articolo deve portare una data anteriore di non più di **dodici mesi** rispetto a quella di presentazione della dichiarazione (Art. 13 della Legge 409/1985).

3. Diritti ed obblighi

Il cittadino degli altri Stati membri delle Comunità europee ha, nell'esercizio dell'attività di cui al precedente articolo, gli **stessi diritti dell'odontoiatra cittadino italiano** ed è soggetto agli stessi obblighi e alle stesse sanzioni disciplinari. E' in ogni caso **vietata la titolarità di uno studio odontoiatrico**. Nel caso di abusi o di mancanze tali da comportare, se commessi da odontoiatri italiani, la sospensione dall'esercizio della professione o la radiazione dall'Albo professionale, l'Ordine professionale territorialmente competente **diffida l'odontoiatra, cittadino di un altro Stato membro delle Comunità europee, dall'effettuare ulteriori prestazioni**. Del provvedimento è data tempestiva **comunicazione** all'autorità competente dello Stato di origine o di provenienza (Art. 14 della Legge 409/1985).